

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin S 14 Inselstr. 6a. Fernruf: F 7. Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.)

NUMMER 170 B

BERLIN • Freitag, den 22. Juli 1932

1 JAHRGANG

Wo bleibt die Arbeiterschaft? ... hört die Signale!

„Mit Butterbrot und Kerzen.“

Von Willi Eichler.

Trotzki hat in seiner bekannten geistreichen und treffenden Art gelegentlich geschildert, wie die Delegierten zu der Konstituierenden Versammlung kamen in der Sorge, Lenin und seine Genossen würden vielleicht versuchen, dieser Nationalversammlung gewaltsam das Lebenslicht auszublenden — eine Vermutung, die nicht grundlos war. Um sich gegen diesen Terrorakt zu schützen, bewaffneten sich die Delegierten mit Butterbrot und Kerzen, um auf alle Fälle gegen den Diktator gerüstet zu sein und ungestört parlieren zu können. Der Verlauf ist bekannt: ein paar Matrosen hörten sich die debattierlustigen Leute eine Weile an und nach kurzer Zeit erklärte ihnen der Führer der Matrosen, die Delegierten möchten nach Hause gehen. Gegen diese nachdrücklich und bestimmt vorgebrachte Aufforderung nützten selbstverständlich die dicksten Butterbrote und gewichtigsten Kerzen.

Diese Betrachtung ist ganz allgemein richtig; aber sie erhält besondere Aktualität durch die Anwendung auf den Sturz der Preußenregierung. Wir haben darüber im wesentlichen gestern berichtet; hier soll erörtert werden, was gegen einen selbst von Zentrums Seite so genannten Willkürakt der Reichsregierung hätte geschehen müssen, um Herrn von Papen und seinen Kollegen die Wiederholung solcher Fälle ein für allemal zu vermeiden. Wir hatten gestern nur kurz angedeutet, daß für einen energischen Schritt gegen die Regierungs-Aktion sicher eine breite Front hätte geschaffen werden können, die als eindringlicher Protest etwa einen Proteststreik, gewaltige Demonstrationen oder etwas in dieser Richtung Liegendes organisieren mußte. Wie richtig unsere Erfassung der Stimmung gewesen ist, wird bewiesen durch zwei Tatsachen: 1. Die Berliner Arbeiterschaft und wahrscheinlich auch die außerhalb Berlins rechnete gestern überwiegend mit dem Ausbruch des politischen Streiks, und zwar war diese Erwartung auch durchaus bei sozialdemokratischen Arbeitern verbreitet. 2. Die „Berliner Börsen-Zeitung“, das Leib- und Magenorgan des Herrn von Schleicher, schreibt nach einer breiten Darstellung der Heldentaten des Reichskabinetts:

„Die Hauptsorge war, ob die Gewerkschaften und Sozialdemokraten den Generalstreik proklamieren würden oder nicht.“

Die Gewerkschaften haben gestern Abend noch getagt und folgenden Aufruf verbreiten lassen:

„Die neuesten politischen Vorgänge haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren. Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angefragt worden. Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk insbesondere die deutsche Arbeiterschaft am 31. Juli geben. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen und aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechts stehen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet. Weder der Terror der Straße noch irgendeine verfassungswidrige Diktatur darf verhindern, daß am 31. Juli das Volk von diesem höchsten Recht Gebrauch macht. Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben.“

Unterzeichnet ist dieser Aufruf vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, vom Allgemeinen Freien Angestelltenbund, vom Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, dem Gesamtverband Deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter, vom Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände, vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund und vom Deutschen Beamtenbund.

Es hat in Zeiten so außerordentlicher Gefahr und vor allem in Zeiten, wo das Vertrauen zu den großen Arbeiterorganisationen sowieso bei kaum einem ihrer Mitglieder bombenfest ist, keinen Sinn, gegen diesen Beschluß, der von allen Gewerkschaften unterschrieben worden ist, dadurch Sturm zu laufen, daß eine Gruppe der Arbeiterschaft zum politischen Massenstreik aufruft, wie ein Flugblatt der kommunistischen Partei es tut. Es ist selbstverständlich (bess.) wenig beru-

3 Tote. Hetze gegen die Eiserne Front.

In Berlin erschoss in der Nacht zum Donnerstag Polizei einen Demonstranten. Angeblich hatten Kommunisten am Kottbusdamm versucht, Straßenbahnwagen umzustürzen.

Der KJ-Führer Kanitz in Weißwasser (Oberlausitz) wurde am Dienstag Abend bei einer Schießerei getötet, an der NS, Polizei und Kommunisten beteiligt waren.

Eine abenteuerliche Hetzmeldung gegen die Eiserne Front verbreitet die Rechtspresse unter dem Titel „Sozialdemokratische Hundertschaft im Walde ausgehoben“. Der „Vorwärts“ teilt dazu folgende Tatsachen mit:

Stettiner Schupo ging am Dienstag Abend gegen ein Waldlager der Roten Falken bei Stralsund ausgeschwärmt mit Schützenfeuer vor. Der Leiter des Lagers, Lehrer Krull (SPD), wurde erschossen; die am Dienstag zum Schutz gegen Nazis (Hitlertag in Stralsund!) im Lager stationierte Wache der Eisernen Front (etwa 60 Mann) wurde verhaftet und mit dauerndem „Hände hoch“ nach Stralsund geführt. Der Führer des Polizeikommandos war vor dem Überfall auf der Straße von dem SP-Abgeordneten Streufert

über die Existenz des Lagers aufgeklärt worden. Trotzdem der Überfall.

„Rote Fahne“ mundtot gemacht.

Ihre Druckerei wurde in der Nacht zum Donnerstag polizeilich geschlossen, weil sie Flugblätter, die zum Generalstreik aufforderten, gedruckt hatte.

Preußen beantragt einstweilige Verfügung.

Die abgesetzte preußische Regierung hat beim Staatsgerichtshof den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung eingereicht.

Der Antrag bezieht sich darauf, der Reichsregierung zu untersagen, vor der endgültigen Entscheidung darüber, ob ihr Vorgehen in Preußen verfassungsmäßig oder verfassungswidrig ist, irgend welche Maßnahmen gegen Preußen zu treffen, bis zur Entscheidung also alles beim alten zu lassen, sodaß der eingesetzte Reichskommissar bis dahin nicht zur Wirksamkeit kommt.

gend, etwa von den Gewerkschaften die lakonische Mitteilung zu hören, daß sie „sich die Stunde des Handelns nicht vorschreiben lassen“ wollen;

wir fürchten, daß dies bereits viel zu sehr geschehen ist, und daß sie sich durch ihr ständiges Warten und Zurückweichen vor dem Gegner längst um einen Teil der Spannkraft gebracht haben, die nötig ist, um einmal erbarungslos zuzuschlagen zu können.

Die ganze Papensche Aktion, wird, soweit wir sehen, von der gesamten linken Presse lediglich benutzt, um die etwas fadenscheinigen und abgeleiteten Aufrufe zu der kommenden Wahl mit harten Worten etwas farbiger zu gestalten. Von diesen Eiertänzen ist auch die Kommunistische Partei nicht etwa ausgenommen. Auch sie, die sich gern über parlamentarischen Kretinismus bei anderen lustig macht, kräht am Schluß ihres langen Aufrufes lustig: „Wählt Liste 3!“ Keine der „großen“ linken Gruppen erörtert die Frage, ob man nicht außerhalb der Reichstagswahl durch eine gemeinsame Aktion etwas tun müßte gegen den ständigen Terror durch Nazis und Reichsregierung. Jeder ist von der Fiktion besessen, alles was Herr von Papen jetzt eingeführt habe, könne durch einen „Spruch des Volkes“ sicher wieder korrigiert werden. Ob dieser „Spruch des Volkes“ überhaupt stattfinden wird, weiß kein Mensch. Der „Vorwärts“ versichert uns nur gläubig wie ein Derwisch: „Das Volk muß entscheiden.“ Aber wir haben schon zu oft erlebt, daß manches nicht geschehen ist, was nach der Behauptung dieser Formelbeter geschehen mußte. Ferner:

Selbst wenn die Wahl stattfindet, ist durch rein gar nichts bewiesen, daß auch nur irgend etwas dadurch gebessert wird, ja daß auch nur einer mit dem Wahlergebnis mehr tut, als es zur Kenntnis zu nehmen.

Wir haben gerade erlebt, daß das Volk entschieden hat, in Preußen solle eine geschäftsführende Regierung bestehen, und daß die Herren von Hindenburg und von Papen sich darüber etwas anders ausgedacht haben, und daß dann nicht geschehen ist, was das Volk wollte!

Die ganze Berufung auf die Listen 1 und 3 in dieser Situation entpuppt sich, wenn man genauer nachliest, als bloßes Verlegenheitsgequatsche. Es ist eine Drückebergerei vor der Notwendigkeit, sich zu einer Tat zu entschließen. KP- und SP-Führung rufen in einem nicht völlig verdorbene Menschen ein Gefühl hervor, daß wir hier mit Worten nicht bezeichnen wollen. Am elendsten ist bei diesen Tiraden das Verstecken hinter dem Wort: Verantwortung. Den Vogel an politischer Illusion und an alberner Beschimpfung, hat wohl wieder der „Vorwärts“ abgeschossen. Nachdem er über den hier erwähnten Beschluß der Gewerkschaften berichtet hat, schreibt er:

„Gegen diese Einheitsfront der Gewerkschaften wird niemand und nichts aufkommen.“

Sie ist die Garantie dafür, daß die republikanische und demokratische Verfassung des Deutschen Reiches erhalten bleibt.

Im Bewußtsein ihrer Kraft fordern deshalb die Gewerkschaften aller Richtungen zur Disziplin und Besonnenheit auf.

Die deutsche Arbeiterklasse wird dieser Aufforderung in vollem Vertrauen in die Entschlußkraft der Gewerkschaften Folge leisten. Sie wird den Provokateuren kein Gehör schenken. Sie wird mit Zorn und Verachtung auf das schandvolle Flugblatt antworten, das gestern von der kommunistischen Reichstagsfraktion verbreitet worden ist.

Während Severing seinen geschichtlichen Kampf ausfocht, hat die KPD den Versuch gemacht, ihm mit den schmutzigsten und niedrigsten Angriffen in den Rücken zu fallen. Seit Jahren hat die KPD nichts anderes getan, als Vorarbeit für den Faschismus zu leisten. In den letzten Wochen und Monaten hat sich diese mörderische Taktik, eingegeben von blindem Haß gegen die Sozialdemokratie, bis zum Paroxysmus gesteigert. Jetzt, in der Stunde der Entscheidung, wo die Feinde der Republik und der demokratischen Freiheit alles in Bewegung setzen, um die verfassungsmäßigen Wahlen zum Deutschen Reichstag zu verhindern, versucht die KPD dem Faschismus in die Hände zu arbeiten und den Vorwand zur Verhinderung der Wahlen zu liefern, wie sie den Vorwand zum Eingreifen gegen Preußen geliefert hat.

Mit diesem letzten Versuch hat die KPD ein für allemal das Recht verwirkt, sich eine revolutionäre Arbeiterpartei zu nennen. Sie ist zu einem Hilfstrupp des Faschismus herabgesunken.

Gewiß war das Flugblatt der kommunistischen Fraktion ein törichtes und phrasenhaftes Gewäsch. Aber eben nicht völlig falsch; denn Severing ist — davon beißt nun einmal keine Maus einen Faden ab — auch nach seinem hier so überputzten „geschichtlichen Kampf“, der aktive Bekämpfer der Kommunisten gewesen. Bleiben wir ruhig bei der Wahrheit, wenn der „Vorwärts“ schon historische Untersuchungen anstellt darüber, welche von den Arbeiterparteien eine Hilfstruppe des Faschismus ist. Die Führung der SPD muß diesen Vorwurf mindestens so einstecken wie die der KP, und Herr Severing verdient ihn von allen Arbeiterführern am meisten. Wenn er gegen die Reaktion mit nur einigermaßen so robustem Schneid vorgegangen wäre wie gegen die Kommunisten, und wenn er dafür diese nicht in einem Zustand versetzt hätte, daß sie seinen Namen, und zwar mit Recht, nicht hören können, ohne in Empörung zu geraten, dann hätte er der Sache der Arbeiterschaft einen Dienst geleistet. Natürlich hätten diese historischen Untersuchungen am wenigsten angestellt werden müssen in dem Augenblick, wo Papen die ganze Preußenregierung kassiert.

Hier hätte es sich gehört, daß ein paar kurze Telefongespräche eingelegt worden wären, ein paar kurze Besprechungen ohne Tratsch und Knatsch, ein Beschluß — und der Spuk der Reaktion hätte das Schicksal von Seifenblasen geteilt.

Dagegen spekulieren die müttigen Führer des deutschen Proletariats fast ausnahmslos, und zwar von links bis rechts, auf den Sieg der Butterbrote und Kerzen über die Diktatur.

Das Genfer „Glaubensbekenntnis.“

S. H. Die Aufmerksamkeit, die sich zur Zeit auf die innerdeutschen Verhältnisse lenkt, läßt sich nur noch schwer für die Vorgänge der Abrüstungskonferenz fesseln. Freilich: Niemals haben die Taten von Staatsmännern mehr einer entschlossenen und radikalen Abrüstung das Wort geredet als gerade heute. Denn die Taten in Europa wie auch in Asien bieten das Beispiel eines so verantwortungslosen und für den inneren und äußeren Frieden so verbrecherischen Leichtsinns, daß Waffen in der Hand dieser Regierungen nicht nur die Androhung bloßer Willkürakte bedeuten, sondern sie bereits unmittelbar auslösen.

Aber dieser Völkerbund hat sich den Todesstoß versetzt, und es hält schwer für Menschen, die wissen, daß der Friede nicht durch den gutherzigen Willen einzelner Pazifisten, sondern nur auf dem Wege des organisierten Vorgehens von Staaten herbeigeführt werden kann, die Idee eines Völkerbundes mit dieser Konferenz verlogener Anwälte des Unrechts auch nur in Verbindung zu bringen.

Es gibt kein Wort, das scharf genug ist, die Verantwortungslosigkeit jener Delegierten, die unter dem Vorsitz des früheren Arbeiterführers Henderson tagen, zu brandmarken. Denn in Asien schickt Japan sich an, eine neue chinesische Provinz, die Mongolei, mit Bombenangriffen aus dem zerrütteten Staatskörper Chinas loszulösen — die Kommission, die die Vorgänge in Asien aus eigener Anschauung kennenlernen sollte, ist noch dort und schweigt. Und das ist auch kein Gegenstand von Gesprächen für diejenigen Herren, die in Genf jetzt das Abschlußprotokoll diktieren.

Freilich wird man wohl zugeben müssen, daß die Ausschließung Deutschlands aus den Beratungen des Viererbundes mit den innerpolitischen Vorgängen in diesem Lande zusammenhängen. Es bedarf keiner gesteigerten Phantasie, sich vorzustellen, wie die am Mittwoch in Berlin eingetretenen Ereignisse in Genf auf der Straße und in den Beratungszimmern, in denen Herriot mit seinen neuen Freunden zusammensaß, gewirkt haben. Wahrlich für Herrn Na-

dolny eine verrückte Angelegenheit, die Gleichberechtigung Deutschlands in der Abrüstungsfrage zu fordern, wenn ihm Herriot ein Extrablatt entgegenhält mit der Nachricht, daß die Regierung endgültig in die Hände von Generalen gelegt worden ist, und die Meldung aus den vergangenen Tagen hinzufügt von einem Ultimatum Hitlers an die Papen-Regierung. Vielleicht ist es so, daß der sonst ziemlich zurückhaltende Engländer Simon Herrn Nadolny bedeutet, dieser könne froh sein, daß die „Entente cordiale“ kein anderes Wort Deutschland gegenüber spreche als es jetzt in der belanglosen Formel geschieht, „daß die gegenwärtige Vertragsschließung den politischen Vorschlägen einzelner Abordnungen nicht vorgreift“. Diese verklausulierten Formeln sind aber nicht das, was die Welt heute braucht, was auch diejenigen unterstützen würden, denen heute in Deutschland die Freiheit genommen wird. Wenn heute der deutschen Regierung die außenpolitische Rückwirkung ihrer innerpolitischen Eingriffe unverblümt in einer öffentlichen Erklärung entgegenrät, so würde damit der Völkerbund eine wirkliche Friedensaufgabe in Angriff genommen haben.

Der Vorhang über Genf wird also in diesen Tagen fallen. Die Abrüstung ist bei dieser Tragödie auf der Strecke geblieben. Der Ankläger Litwinow, der noch im letzten Augenblick sich das Wort zu einem Protest erbat, ist von Henderson scharf zurückgewiesen worden. Herr Benesch hat in der einleitenden Trauerrede all die Phrasen angebracht, die anlässlich solcher Umstände an der Tagesordnung sind. Er hat die Keckheit besessen, von „Entschlüssen“ zu reden und das ganze Abschlußprotokoll als ein „Glaubensbekenntnis“ der Abrüstungskonferenz bezeichnet.

Man kann dazu nur sagen, daß es sich um ein Glaubensbekenntnis handelt, wie es im Munde von Christen üblich ist.

Warum baut Mussolini sein Kabinett um?

Die gestern bereits bekanntgegebene Umbildung des italienischen Kabinetts wird von der italienischen Presse einstimmig gedeutet als die in Italien übliche „Wanderung der Aemter“. Mussolini selber hat einem Vertreter des „Excelsior“ gegenüber mit Nachdruck den Standpunkt vertreten, die Umbesetzung der Ministerposten bedeute kein Mißtrauensvotum gegen einen der abgehenden Minister. Sie solle dazu dienen, den Kreis der für diese Posten fähigen Menschen dadurch zu erweitern, daß neue Führer für die verantwortlichen Aufgaben der Staatsministerien erzogen würden.

Mussolini betonte insbesondere, daß er gegen den abgehenden Außenminister Grandi nicht den geringsten Vorwurf erhebe; Grandi habe vorbildliche Arbeit geleistet.

Die auswärtige Presse ist von dieser Deutung der Kabinetts-umbildung nicht überzeugt. Es steht mit der Theorie der Schulung neuer Kräfte schon nicht im Einklang, daß Mussolini das Außenministerium sich selber vorbehält. Man nimmt denn auch in der deutschen und in der französischen Presse an, daß hinter verschlossenen Türen Grandi den Vorwurf zu hören bekommen hat, daß er sich bei dem englisch-französischen Vertrauensabkommen in den Hintergrund habe drängen lassen, und daß er darum jetzt stillschweigend zurückgeschoben wird.

Vorarbeit in Ottawa.

Zwischen Vertretern der englischen und kanadischen Stahl- und Eisenindustrie ist in Ottawa ein Abkommen zustande gekommen, das, wie es heißt, den englischen Interessen an der Eisen- und Stahlausfuhr nach Kanada sehr entgegenkommt, ohne die Erzeugung Kanadas zu gefährden. Diese Vereinbarung soll der Konferenz der Regierungen in Ottawa als vollendete Tatsache und als Ansporn zum großzügigen Abschluß von Handelsabkommen vorgelegt werden.

Die Weltreichskonferenz begann am Donnerstag vormittag mit einer öffentlichen Begrüßungssitzung. Die folgenden Arbeitssitzungen werden nicht öffentlich sein; die Presse wird aber täglich Mitteilungen erhalten.

Deutschland, Polen und das Gentlemen-Abkommen.

Das englische Außenministerium hat wegen der Abwesenheit des Außenministers Simon aus London die das Gentlemen-Abkommen betreffenden deutschen Rückfragen noch nicht beantwortet. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ bemerkt im Zusammenhang hiermit nur, bisher sei kein Verfahren für die praktische Durchführung des Vertrauensabkommens vorgeschlagen, geschweige denn ausgearbeitet worden. In maßgebenden Kreisen halte man das nicht für notwendig, da die Abrüstungsfrage und die wirtschaftlichen Probleme von zwei besonderen Konferenzen behandelt würden und da die anderen Fragen, auf die sich Punkt 1 der englisch-französischen Erklärung beziehe, im Augenblick noch nicht akut seien.

Die deutschen Fragen sind an Simon nach Genf weitergeleitet worden. Der Beitritt Deutschlands steht also noch aus. Die Frage, wie Deutschland sich verhalten wird und wie man sich zu Deutschland stellen wird, ist um so aktueller geworden, als sich der Kreis der an dem Abkommen Beteiligten unter der Hand erweitert zu haben scheint. Polen hat in London und Paris offiziell seinen Beitritt erklärt, ohne eine Aufforderung dazu erhalten zu haben. Wie es heißt, ist von englischer Seite keine Antwort vorgesehen, falls nicht eine Stellungnahme der französischen Stellen erfolgt, durch die wiederum eine englische Äußerung nötig wird. Das Schweigen Englands würde bedeuten, daß es sich mit dem Beitritt des ungebetenen Gastes abfindet, dem es schwer eine Absage erteilen kann — das Abkommen steht seinem Wortlaut nach allen Staaten offen —, den es aber als einzigen weiteren Genossen im Bunde offenbar nicht gern sieht.

Die Regierungen von Jugoslawien und Ungarn haben in Paris und London ihren Beitritt zu dem Vertrauensabkommen angemeldet.

Auslandspresse zu den Vorgängen in Preußen.

Frankreich.

Der sozialistische „Populaire“ schreibt, die deutsche Republik habe am Mittwoch ihren letzten Pfeiler verloren. Ein furchtbarer Schlag sei gegen die Arbeiterschaft geführt worden. Ein Schlag, der einer wahren Herausforderung gleichkomme. Für die Demokratie und den Sozialismus sei der gestrige Mittwoch der katastrophalste Tag, den Deutschland seit dem Waffenstillstand und der Revolution erlebt habe.

Das rechtsradikale „Echo de Paris“ legt der französischen Regierung nahe, das Saargebiet auf alle Fälle durch französische Truppen besetzen zu lassen. Obgleich man vorläufig den Ereignissen in Deutschland mit äußerster Zurückhaltung gegenüberstehen müsse, sei für die französische Regierung der Zeitpunkt gekommen, Deutschland daran zu erinnern, daß es kein Recht habe, einen einzigen Soldaten in die entmilitarisierte Zone einmarschieren zu lassen.

Das gleichfalls rechtsstehende „Journal“ versucht, die Ereignisse vom außenpolitischen Standpunkt aus zu beleuchten und erklärt, man müsse einen Nachbarn, der zwischen der Anarchie und der Diktatur pendele, aufmerksam beobachten. Die augenblickliche Lage müsse sich besonders scharf auf die Genfer Abrüstungskonferenz auswirken. Herriot könne keine bessere Begründung für die These finden, daß der Augenblick noch nicht gekommen sei, Deutschland von den Militärklauseln des Versailler Vertrages zu befreien.

England.

Die Arbeiterzeitung „Daily Herald“ beklagt den Untergang der Demokratie. Sie glaubt, daß eine Einheitsfront der deutschen Arbeiter gegen Hitler und seine „Verbündeten“ die Welt „erschüttern“ und die Unterstützung

der englischen Arbeiterbewegung für den deutschen Sozialismus verstärken würde“.

Das führende Rechtsblatt, die „Times“, veröffentlicht einen langen Bericht ohne Kommentar.

Die Sensationsblätter der Rechtspresse begrüßen das energische Vorgehen gegen die „kommunistische Gefahr“.

„Morningpost“: Die Diktatur liegt in der Luft. . . Die Verfassung sei in den letzten Jahren bereits tot gewesen.

„Daily Express“ bewundert den Mut Hindenburgs, der mit eiserner Hand durchgegriffen habe.

Der liberale „Star“ sagt, keine politische oder soziale Gruppe sei stark genug, der neuen Machtkonzentration Widerstand zu leisten.

„Financial News“ meint, Papen habe endgültig auf das Zentrum verzichtet.

Die U. S. A.

Die New Yorker „Times“ sieht in dem Vorgehen Papens das Wiederaufleben des alten deutschen Sinnes für öffentliche Ordnung. Außerdem sei die politische Absicht vorherrschend, durch strenge Maßnahmen bei den Reichstagswahlen Hitler das Wasser abzugraben. Das Blatt erwartet eine kommende Koalition zwischen Zentrum, Deutschnationalen und Nationalsozialisten.

Die Türkei ist am Montag in einer feierlichen Sitzung der außerordentlichen Völkerbundsversammlung in den Völkerbund aufgenommen worden. Die Versammlung beschloß, die Herbstversammlung des Völkerbundes vom 5. auf den 26. September zu verschieben.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

35)

Copyright by Malik-Verlag 1932

THEODOR PLIVIER.

Die Heizer und Matrosen, die nicht auf ihren Stationen sind, liegen noch in den Hängematten. Einzelnen werden sie an Deck heraufgerufen und von den Soldaten festgenommen. Vom „Kurfürst“ werden hundertzwei Verhaftete abgeholt, vom „König“ zweihundert, vom „Kronprinz“ auch zweihundert und vom „Markgraf“ zweihundertfünfzig. An den Landungsbrücken steht noch eine weitere Kompanie des Seebataillons unter Gewehr. Auf beiden Seiten von schwer bewaffneten Soldaten eskortiert, setzt der lange Zug sich in Bewegung. Fast tausend Mann, die Heizer dreckig und in Holzpantinen, die Matrosen in grauen Takelpäckchen. In Viererreihen trotten sie durch die Straßen.

Sprechen ist verboten!

Umdrehen ist verboten!

Zu widerhandlungen werden mit Kolbenstößen bestraft. Der Festungskommandant, Kapitän zur See Heine, überwacht persönlich die Ausführung der strengen Befehle. Der Zug bewegt sich, von den Landungsbrücken kommend, den Düsternbrooker Weg entlang und dann über den Lorentzen-damm zur Feldstraße hin, in der sich die größte Arrestanstalt Kiels befindet. Das Arresthaus kann nur einen Teil der Verhafteten aufnehmen, der größte Teil wird weitergeführt nach den Forts, die schnell in Gefängnisse umgewandelt worden sind.

Ueber den Häusern, die den Weg säumen, liegt ein schwerer, unbewegter Himmel. Die Werftarbeiter mit ihren Kaffeekannen unterm Arm und die Frauen auf dem Wege zu den Pulvermagazinen bleiben stehen und sehen dem langen Gefangenenzug nach.

Nicht alle Heizer und Matrosen befanden sich in der Nacht des geplanten Flottenvorstoßes an Bord ihrer Schiffe. Einige waren auf Urlaub, einige lagen krank in den Lazaretten, andere saßen an Land, in den Arrestanstalten.

Die Arrestanstalt Heppens im Wilhelmshavener Festungsbereich bietet Platz für tausend Mann, mit dem im letzten Kriegsjahr angebauten Baracken sogar für zweitausend Mann.

Aus den Landformationen, von den Vorpostenflottillen, Torpedobootsdivisionen und den Schiffen der Flotte sitzen die zu kürzerem Arrest Verurteilten hier ihre Strafen ab. Von den Schiffen der schnellen Division waren es etwa vierzig Heizer und Matrosen.

Vierzehn Tage!

Einundzwanzig Tage!

Achtundzwanzig Tage!

Streng isoliert von einander sind auf jedem Gang 50 Mann untergebracht. Drei Schritte lang und zwei breit ist jede Zelle. Die Eingesperrten wandern ruhelos auf und ab, immer auf und ab, stundenlang. Manchmal bleibt einer stehen und starrt die Wand an. Ein anderer horcht angestrengt, ob nicht von der Straße her irgendein Laut zu ihm hochdringt. Ein dritter putzt immer wieder seine Stiefel. Einem vierten ist ein anderer Zeitvertreib eingefallen: mit einem Nagel kratzt er Zeit und Dauer seiner Strafe und einen Fluch gegen den Militarismus in die Wand ein. Einem fünften ist es gelungen, durch Klopfzeichen eine Verbindung mit seinem Nachbar herzustellen.

Zuerst teilten sich die Zellennachbarn ihre Namen mit, dann die Namen ihrer Schiffe. Der eine heißt Otto Papendieck, Matrose auf dem „Großen Kurfürst“; der andere heißt Rode, Kochgast auf der „Baden“.

„Weswegen hast du Knast?“

„Ich: Urlaubsüberschreitung!“

„Wielange hat du noch?“

„Noch acht „Dicke“!“

„Das ist 'n Klacks, die reiße ich auf einem Arschbacken ab. Dabei dreh ich mich nicht mal rum!“ rührt sich der Kochgast Rode.

So begannen sie sich ihre Geschichten mitzuteilen, die sie durch Tage und auch durch schlaflose Nachtstunden fortsetzten. Rode war Koch auf Handelsschiffen, 1912 ist er in die Marine eingetreten. Er hat mit dem Auslandsgeschwader eine Reise nach Ostasien gemacht und nachher kapituliert.

„Kapitulieren war doof von dir!“

„Ich habo auch schon genug!“

„Ist doch ganz klar!“

„Ob die Flotte noch in Wilhelmshaven liegt?“

„Gestern auf dem Klosett habo ich von einem gehört . . .“

Papendieck hört plötzlich mit dem Klopfen auf, auch Rode horcht nach draußen. Auf dem Gang bewegen sich Schritte. Nach einer Weile erkennen sie die Schritte des Wachtmeisters und des Wärters. Der Wärter zählt die Zellen ab:

„Sechszwanzig — siebenundzwanzig — — achtundzwanzig!“

„Hier ist Schluß!“ unterbricht der Wachtmeister

Es ist die Zelle des Kochgastes Rode.

Die Tür wird aufgeschlossen.

„Nimm dein Zeug und raus!“

Sein „Zeug“ besteht aus einem kleinen Holzkästchen, dem sogenannten Utensilienkasten, in dem Waschsachen, Zahnbürste und Schuhputzzeug verstaut sind. Rode nimmt den Kasten unter den Arm und wird zusammen mit den andern Insassen aus den abgezählten achtundzwanzig Zellen auf den Hof hinuntergeführt.

Papendieck in Zelle 29 klopft gegen die Tür.

Er will wissen, was los ist. Aber niemand kümmert sich um sein Klopfen. Nachdem er aufgehört hat und wie vorher auf den Gang hinaus lauscht, hört er den Kalfaktor zu einem anderen Arrestanten sagen: „Du bekommst Besuch. Es kommen jetzt sieben Mann in jede Zelle!“

Papendieck steht noch an seiner Zellentür. Er hat noch keine Erklärung für die veränderte Situation und für den plötzlichen Gofangenenzuwachs gefunden, da wird seine Aufmerksamkeit von neuem und noch ungewöhnlicher beansprucht.

Von der Straße dringt Lärm herauf. Johlen, Pfeifen, ein Durcheinander von Stimmen und einzelne Rufe. Dazwischen Kommandos: „Abteilung halt! In Gruppen rechts-schwenkt, marsch! Stillgestanden!“

Das Gejohle schwillt immer mehr an.

Papendieck beachtet die Vorschrift nicht mehr. Er riskiert noch ein paar Tage Arrest, rückt seine Pritsche an die Fensterwand und zieht sich am Gitter hoch. Viel kann er nicht sehen, nur einen kleinen Ausschnitt, einen schmalen Streifen der Straße. Dort drängen sich Gesicht an Gesicht Heizer. Sie sind schwarz von der Arbeit und tragen noch ihre Holzpantinen. Einige haben Kohlrüben in der Hand. Er sieht einen von einer Kohlrübe abbeißen und sie grinsend weiterreichen

(Fortsetzung folgt.)

Wie eine verfassungsmäßige Regierung gestürzt wird.

Dargelegt von Herrn von Papen am Mittwoch, den 20. Juli, im Rundfunk.

Die nachfolgende Rede Herrn von Papens spricht völlig für sich. Wir bringen hier nur zwei kurze Hinweise, um die Aufmerksamkeit der Republikaner und Sozialisten darauf zu lenken. Ob die Aktion Hindenburgs und Papens zur Amtsenthebung der preußischen Regierung verfassungsmäßig ist oder nicht, ist für die meisten Menschen kein schwieriges Problem. Für Papen und Hindenburg ist es jedenfalls noch nicht sicher, daß sie zu diesem Vorgehen nach der Verfassung berechtigt gewesen sind. Wie Herr von Papen Severing erklärt hat, werde die Verfassungsmäßigkeit der Verordnung durch den Staatsgerichtshof geprüft werden müssen.

Wir sind der Meinung, daß er das vor seiner Aktion hätte tun müssen.

Der andere Hinweis bezieht sich auf diesen Satz der Rede Papens:

„Weil man sich in maßgebenden politischen Kreisen nicht dazu entschließen kann, die politische und moralische Gleichsetzung von Kommunisten und Nationalsozialisten aufzugeben, ist jene unnatürliche Frontenbildung entstanden, die die staatsfeindlichen Kräfte der Kommunisten in eine Einheitsfront gegen die aufstrebende Front der NSDAP einreihet.“

Die moralische und politische Gleichsetzung der beiden hier genannten Parteien ist von den Sozialdemokraten zu unserem Bedauern häufig vollzogen worden durch die Ueberschrift: „Nazis und Kozis“. Wir haben dies immer für einen schweren Anwurf — allerdings gegen die Kommunistische Partei — gehalten.

Wir bitten Herrn von Papen, uns einen Kommunisten oder sogar eine ganze kommunistische Fraktion zu zeigen, die es z. B. fertig bringt, einen Antrag aufzuschreiben und zunächst auch einzubringen, wie neulich die Angehörigen der von Herrn von Papen hier so liebevoll in Schutz genommenen NSDAP: Kube, Hinkler, Lohse, Haake, Freisler und die übrigen Mitglieder der Fraktion der NSDAP, der von einem Behagen zeugt, seine Seele in Gemeinheit zu wälzen, wie Schweine es empfinden mögen bei Berührung mit dem Misthaufen.

Ueber die moralischen Eigenheiten anderer NS-Pg., zum Beispiel Heines und Schulz siehe unter „Fememord“, über die des Herrn Hitler gibt dieser selber Auskunft in seinem Buch „Mein Kampf“, das in seiner Minderwertigkeit jedenfalls von keinem Kommunisten und auch wohl sonst nicht leicht erreicht werden wird.

Noch interessanter ist der Vorwurf der „Staatsfeindlichkeit“ gegenüber der KP. Die KP erstrebt durchaus einen Staat, nämlich den Sowjetstaat. Die Nationalsozialisten erstreben auch einen Staat, nämlich den der verropften Bürokratie unter Ersetzung der ordentlichen Arbeit und überhaupt der menschlichen Tüchtigkeit durch Hakenzusammenschlagen und Mit-den-Handen-strampeln. Von diesen beiden Staaten ist fraglos in moralischer Hinsicht der Sowjetstaat bei weitem der vorzugswürdigere, weil ihm die Prinzipien des Rechtsstaates zu Grunde liegen: Beseitigung der klassenmäßigen Ausbeutung. Mag an dem Sowjetstaat in seiner heutigen Gestalt manches auszusetzen sein — seine Beweggründe sind jedenfalls sauber. An der Militärarrestanstalt, die Hitler uns als Staat offeriert, ist nichts sauber; die Prinzipien sind bestenfalls Phantasien, und die Ausführung muß Versklavung werden.

Worauf soll sich nun der Vorwurf der Feindlichkeit der Kommunisten beziehen? Offenbar darauf, daß sie Feinde der Weimarer Verfassung sind. Das stimmt. Aber die Nazis sind das nicht weniger, nur bleibt auch hier wieder der Vorzug der Kommunisten bestehen: die Kommunisten sind es aus Gründen der Gerechtigkeit, während die Nationalsozialisten es aus Gründen der Willkür sind.

Die Grundlage eines Rechtsstaates aber, an dem auch Herr von Papen zugestandenermaßen hängt, muß nun einmal die Gerechtigkeit sein und nicht die Willkür. Aus diesem Grunde wird sich jeder rechtlich denkende Mensch bei der Entscheidung zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten bei weitem auf die Seite der Kommunisten stellen.

Herrn von Papens Gefühl für Gerechtigkeit bitten wir im übrigen aus der nun folgenden Rede zu entnehmen.

„Deutsche Frauen und deutsche Männer! Mit dem heutigen Tage bin ich durch den Herrn Reichspräsidenten zum Reichskommissar für Preußen bestellt worden. In dieser Eigenschaft habe ich auf Grund der mir erteilten Vollmachten den bisherigen preußischen Ministerpräsidenten Braun und den preußischen Minister des Innern Severing ihrer Aemter enthoben. Die Reichsregierung hat sich nach sorgfältiger Prüfung der Sachlage entschlossen, diesen Schritt dem Herrn Reichspräsidenten vorzuschlagen. Sie beschränkt sich dabei auf die notwendigsten Maßnahmen, die zur Wiederherstellung geordneter Rechtszustände im preußischen Staatsgebiet erforderlich sind. Lassen Sie mich zum Verständnis der Lage kurz die politische Situation in Preußen und die Gründe für die getroffenen Maßnahmen schildern. Die preußische Staatsregierung ist bereits am 19. Mai freiwillig zurückgetreten und führt seitdem nur die laufenden Geschäfte gemäß Artikel 59 der preußischen Verfassung. Der neue Landtag war auf Grund der vom alten Landtag, und zwar von den Parteien der Weimarer Koalition, herbeigeführten Aenderung der Geschäftsordnung nicht in der Lage, die Wahl eines Ministerpräsidenten vorzunehmen. Die auf diesen Vorgängen beruhende parlamentarische Basis des geschäftsführenden Kabinetts ist entscheidend von der taktischen Haltung der Kommunistischen Partei abhängig. Denn nach den Wahlen zum preußischen Landtag entfallen 47 Prozent der abgegebenen Stimmen auf die NSDAP und DNVP, 37 Prozent auf alle übrigen Parteien und der Rest von 16 Prozent auf die Kommunisten.“

Ich will hier nicht im einzelnen zu der Frage Stellung nehmen, wie weit man noch von geordneten parlamentarischen Verhältnissen sprechen kann, wenn durch die Hal-

tung der einzelnen Parteien der Kommunistischen Partei eine Schlüsselstellung eingeräumt wird.

Diese Vorgänge hätten aber die Regierung an sich nicht veranlaßt, einen unmittelbaren Einfluß auf die Verhältnisse in Preußen zu nehmen. Ich möchte aber auf folgendes hinweisen: Die Kommunistische Partei Deutschlands erstrebt nach ihrem eigenen Bekenntnis und nach zahlreichen Feststellungen des höchsten deutschen Gerichts den gewaltsamen Umsturz der Verfassung; sie arbeitet seit Jahr und Tag mit allen Mitteln an der Zersetzung von Polizei und Wehrmacht; sie versucht mit den verschiedensten Methoden die Zerstörung der religiösen, sittlichen und kulturellen Grundlagen unseres Volkstums; und endlich ist es die KPD, die durch ihre illegalen Terrorgruppen Gewalt und Mord in den politischen Kampf hineingetragen hat. Will sich das deutsche Volk dieser Tatsache verschließen? Will es außer Acht lassen, daß die Tätigkeit der KPD einen beherrschenden Kampf gegen die Lebensgrundlagen von Staat, Kirche, Familie und Millionen von Einzelschicksalen bedeutet? Das kann nicht sein. Ich stehe vielmehr nicht an, in aller Offenheit zu erklären, daß es die sittliche Pflicht jeder Regierung ist, einen klaren Trennungsstrich zwischen den Feinden des Staates, den Zerstörern unserer Kultur und den um das Gemeinwohl ringenden Kräften unseres Volkes zu ziehen.

Weil man sich zu dieser, dem einfachen und natürlichen Rechtsempfinden entsprechenden Folgerung nicht entschließen konnte, weil man die sittlichen Elemente der politischen Bewegung außer Acht ließ, hat sich von Monat zu Monat und von Tag zu Tag die Radikalisierung des politischen Kampfes gesteigert. Weil man sich in maßgebenden politischen Kreisen nicht dazu entschließen kann, die politische und moralische Gleichsetzung von Kommunisten und Nationalsozialisten aufzugeben, ist jene unnatürliche Frontenbildung entstanden, die die staatsfeindlichen Kräfte der Kommunisten in eine Einheitsfront gegen die aufstrebende Bewegung der NSDAP einreihet.

Die Reichsregierung ist frei von parteipolitischen Bindungen,

sie ist aber nicht befreit von der sittlichen Pflicht, offen die Feststellung zu treffen, daß durch eine solche gleichberechtigte Einschaltung staatsfeindlicher Elemente in den politischen Kampf die Grundlagen des Staates aufs äußerste gefährdet werden.

Die Reichsregierung hat in ernster Sorge diese Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse beobachtet. Sie hat seit Antritt ihres Amtes nach reiflicher Ueberlegung darauf verzichtet, in diese Entwicklung einzugreifen, solange sie eine Sache der Parteien blieb. Die Regierung war aber von dem Augenblick an zu eigenem Handeln verpflichtet, von dem an die zuerst nur aus parteitaktischen Gründen erfolgte Einschaltung der Kommunisten in eine Einheitsfront auch auf Maßnahmen verantwortlicher Regierungsstellen Preußens übergreifen hat. Hier geht es um die Autorität des Staates. Hier durfte nicht gezögert werden, im Interesse des Staates sofort Klarheit zu schaffen. Diese zwingende Notwendigkeit eines Eingriffs hat sich gegenüber der preußischen Staatsregierung ergeben. Es ist kein Zufall, daß nur in Preußen die kommunistischen Kampforganisationen einen Umfang annehmen konnten, der eine ständige Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstellt. Es ist kein Zufall, daß nur in Preußen der Wahlkampf von einer erschreckenden Vermehrung blutiger Auseinandersetzungen begleitet worden ist. Die Feststellungen der letzten Zeit haben ergeben, daß die weitaus überwiegende Zahl der schweren Unruhen nur auf Angriffe kommunistischer Terrorgruppen zurückzuführen ist. Alle einzelnen polizeilichen Maßnahmen, der hingebende Einsatz der örtlichen Polizeiorgane, haben eine dauernde und sichere Herstellung geordneter Verhältnisse nicht erzielen können.

Diese Aufgabe kann nur durch planmäßige und zielbewußte Führung gegen die Urheber der Unruhen gelöst werden.

Die Reichsregierung hat die Feststellung machen müssen, daß die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Preußen

einer Reihe von maßgebenden Persönlichkeiten die innere Unabhängigkeit genommen hat, alle erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der staatsfeindlichen Betätigung der KPD zu treffen. Wenn beispielsweise hohe Funktionäre des preußischen Staates ihre Hand dazu bieten, Führern der Kommunistischen Partei die Verschleierung illegaler Terrorabsichten zu ermöglichen; wenn offen ein preußischer Polizeipräsident seine Parteigenossen auffordert, man möge die Kreise der Kommunisten nicht stören — dann wird die Autorität des Staates von oben her in einer Weise untergraben, die für die Sicherheit des Reiches unerträglich ist.

Die Maßnahmen der Reichsregierung richten sich nicht gegen die Selbständigkeit des Landes Preußen. Sie beschränken sich bewußt darauf, die Grundlagen für die Herstellung eines ordnungsmäßigen Rechtszustandes zu schaffen. Diese Grundlage muß aber die Wiederherstellung einer Staatsautorität sein, die völlig frei von einer nur irgendwie gearteten Verbindung zur staatsfeindlichen Kommunistischen Partei ist.

Die Reichsregierung will durch ihre Maßnahmen eine geordnete Durchführung des Wahlkampfes sicherstellen. Sie wird die freie politische Betätigung nur so weit einschränken, als es zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung unbedingt erforderlich ist. Sie geht dabei von der Auffassung aus, daß die Ruhestörer — gleichgültig von welcher Seite sie kommen — so scharf in ihre Schranken zurückgewiesen werden müssen, daß dem Volke der Austrag des Wahlkampfes ermöglicht wird.

Im Verlauf der von mir als Reichskommissar für Preußen angeordneten Maßnahmen hat sich herausgestellt, daß der bisherige preußische Innenminister, der verfassungsmäßig zu Recht erfolgten Verfügung des Herrn Reichspräsidenten nicht folgen wollte. Er hat erklärt, nur der Gewalt weichen zu wollen. Nur aus diesem Grunde hat die Reichsregierung, einer Ermächtigung des Herrn Reichspräsidenten folgend, den militärischen Ausnahmezustand für Berlin und Brandenburg erklären müssen. Der militärische Ausnahmezustand wird selbstredend nur solange aufrecht erhalten, als es die Herstellung gesicherter Verhältnisse verlangt. Ich wiederhole die Erklärung der Reichsregierung von heute vormittag: Die Selbständigkeit des Landes Preußen im Rahmen der Reichsverfassung wird nicht angetastet. Die Reichsregierung erwartet vielmehr, daß alsbald eine Beendigung des auf Grund der Notverordnung geschaffenen Zustandes eintreten wird.

Mein Wunsch, mit den übrigen preußischen Ministern zusammenzuarbeiten, ist inzwischen

durch einen Brief durchkreuzt worden, in dem die Herren es ablehnen, mit mir zusammenzuarbeiten.

Damit haben diese Herren selbst eine neue Sachlage geschaffen.

Die Reichsregierung wird auf dem von ihr als richtig erkannten Wege unbeirrt fortschreiten.

Die preußische Staatsregierung — Dr. Hirtsiefer — erklärt zu der Rundfunkrede des Reichskanzlers:

Die Reichsregierung hat die in der Geschichte einzig dastehenden Maßnahmen gegen Preußen in der Rundfunkrede des Reichskanzlers mit der Behauptung begründet, daß die Entwicklung der politischen Verhältnisse eine Reihe von maßgebenden Persönlichkeiten in Preußen die innere Unabhängigkeit gegenüber den Kommunisten genommen habe. Er hat hierfür zwei Tatsachen als Beweis angeführt:

1. Daß ein nicht genannter, hoher preußischer Funktionär den Kommunisten Ratschläge gegeben habe, wie sie ihre Terrorakte verschleiern könnten;

2. Daß ein preußischer Polizeipräsident geäußert habe, man solle die Kreise der Kommunisten nicht stören.

Diese angeblichen Tatsachen sind bisher durch nichts bewiesen. Die Reichsregierung hat sie auch bis zur Rundfunkrede des Reichskanzlers der Staatsregierung nicht mitgeteilt und sie nicht um Stellungnahme oder Abhilfe ersucht.

Grzesinski, Weiß und Heimannsberg wurden am Mittwoch abend wieder aus der Haft entlassen, nachdem sie schriftlich auf die Fortführung ihrer Amtsgeschäfte verzichtet hatten.

Erklärung der preußischen Regierung zu den Vorgängen am Mittwoch.

Die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen, dem die gesamte vollziehende Gewalt übertragen wird, widerspricht nach Ansicht der preußischen Regierung der Reichsverfassung.

1. weil kein Anlaß zu einer solchen Maßnahme vorliegt, 2. weil die Einsetzung keine „nötige Maßnahme zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ ist, 3. weil die Einsetzung vielmehr andere Zwecke verfolgt.

Die preußische Staatsregierung wird daher sofort den Staatsgerichtshof anrufen und bis zu dessen Entscheid den Erlaß einer einstweiligen Verfügung beantragen.

Soweit auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung unmittelbar oder mittelbar durch einen Reichskommissar in Artikel 17 der Reichsverfassung eingegriffen wird (z. B. durch Absetzung von Ministern oder Ernennung neuer Minister) oder in Artikel 63 der Reichsverfassung (wonach die Länder im Reichsrat nur durch Mitglieder ihrer Regierung vertreten werden), so wird die preußische Staatsregierung einen solchen Eingriff als ungültig und nicht vorhanden ansehen.

Berlin als Arbeitgeber.

Die Stadt Berlin beschäftigt in ihrer Verwaltung, in ihren Kämmerci- und Regio-Betrieben nach dem Stande vom April 1932 rund 37 000 Personen. Dazu treten (Haushaltsjahr 1931) rund 22 500 Beamte. Die Stadt Berlin ohne die ihr gehörigen Betriebe hat somit rund 59 500 beschäftigte Personen in ihrem Dienst. Die Berliner Verkehrs-AG (Stand April 1932) beschäftigt rund 33 000 Menschen. Bei den Städtischen Gas- und Wasserwerken sind insgesamt etwa 8200 Personen beschäftigt. Die übrigen städtischen Gesellschaften haben rund 6900 Arbeitnehmer. Die Zahl der von der Stadt Berlin einschließlich ihrer vergesellschafteten Betriebe beschäftigten Personen beträgt also rund 107 600.

Die Liquidierung der Preußenregierung.

Das Gebäude des preußischen Staatsministeriums war bereits am Mittwoch vormittag durch einen Reichswehroffizier mit ein paar Mann besetzt worden.

Papen hat am Mittwoch nachmittag noch den Versuch gemacht, nach Absetzung von Braun und Severing mit dem Rest des preußischen Ministeriums zusammenzuarbeiten. Diese Minister (Hirtsiefer, Steiger, Klepper, Schreiber, Schmidt, Grimme) leisteten aber der Einladung Papens zu einer Besprechung keine Folge. Dann hat Papen auch sie abgesetzt.

Im preußischen Innenministerium erschienen am Mittwoch abend der neue preußische Innenminister, Bracht, der neue Berliner Polizeipräsident, Melcher, und ein Polizeihauptmann und forderten Severing noch einmal auf, seine Aemter zu verlassen. Nach Androhung von Gewaltanwendung ging Severing in seine Dienstwohnung hinüber.

Abgesetzt bzw. beurlaubt oder in den Ruhestand versetzt wurden auch: die preußischen Staatssekretäre Abegg (Innenministerium), Staudinger (Handelsministerium), Krüger (Landwirtschaftsministerium) und Weismann (Staatsministerium).

Die bisher bestellten neuen kommissarischen Preußenminister: für das Landwirtschaftsministerium: Muschel (Staatssekretär im Reichsernährungsministerium); für das Handelsministerium: Bankenkommissar Ernst; für das Finanzministerium: Staatssekretär Schleusener vom preußischen Finanzministerium.

Im Berliner Polizeipräsidium

erschien am Mittwoch nachmittag ein Reichswehrhauptmann mit zwölf Mann und nahm Grzesinski, Weiß und Heimannsberg in „Schutzhaft“. Die drei bisherigen Führer der Berliner Polizei wurden in die Offiziersarrestanstalt nach Moabit gebracht.

Die Polizeigewalt in Berlin übernahm als Polizeipräsident Melcher, als Polizeikommandeur der Polizeioberst Poten.

Ein Stimmungsbild aus der Arbeiterschaft.

Am Mittwoch abend sprach in einer SAP-Versammlung in Berlin Seydewitz. Das angekündigte Thema war: SPD, KPD und SAP müssen zusammengehen.

Eine dankbare Aufgabe, an diesem Abend über dieses Thema zu sprechen, vor einer Menge von Arbeitern, auch Kommunisten, die nach den sich überstürzenden Ereignissen des Tages alle die Frage im Kopf hatten: was sollen wir tun — morgen, heute nacht noch? Wann beginnt der Generalstreik?

Seydewitz: Haben wir noch Zeit, in einer Versammlung zu diskutieren? „Wenn heute Eisenerne Front und Antifaschistische Aktion gemeinsam zum Kampf aufrufen würden, würden wir das Diskutieren einstellen.“ (Starker Beifall.)

Wie muß gekämpft und gehandelt werden?

Seydewitz: Der sichtbarste Stoß wird von der Papen-Regierung in diesem Augenblick gegen die SPD-Führer geführt. Gleichgültig aber, gegen welche Stelle zuerst der Stoß geführt wird, er gilt jedenfalls der ganzen Arbeiterklasse. Also haben wir uns gegen diesen Stoß von vornherein gemeinsam einzusetzen. Ganz egal, wer angegriffen wird, wir werden vom ersten Augenblick an an der Seite der Angegriffenen stehen! (Stürmischer Beifall.)

Ein Flugblatt wird hereingebracht, Seydewitz liest vor:

„An die Partei! Sozialdemokratie im Kampf um die Freiheit! . . . Wilden Parolen ist Widerstand zu leisten! Jetzt vor allem mit konzentrierter Kraft für den Sieg der Sozialdemokratie am 31. Juli!“

Eine Welle der Ablehnung, ja Verachtung, ging durch den Saal. Diese spontane Ablehnung des Gewalt-bei-Fuß der SPD; der starke Beifall bei jedem klaren Wort im Sinne einer ehrlichen Einheitsfront; die Äußerungen des Unwillens, als nachher in der Diskussion der Kommunist Friedman eine Rede über „die Sozialfaschisten Severing, Grzesinski“ hielt und zur Einheitsfront nichts zu sagen hatte als: Hunderttausende neue Kämpfer hinein in die Antifaschistische Aktion! — alle diese spontanen Äußerungen in der Versammlung gaben wohl ein treffendes Stimmungsbild der deutschen Arbeiterschaft in diesem Augenblick.

Keine Parole seit vielen Jahren wäre mit stärkerer Bereitschaft zur Tat aufgenommen worden, als die Parole zum Generalstreik, wenn der ADGB am Mittwoch abend sie herausgegeben hätte. Ganz zu schweigen von dem Erfolg, wenn diese Parole herausgegeben worden wäre gemeinsam von den politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen.

Die SAP hat am Mittwoch abend schriftlich die Leitungen der SPD und KPD aufgefordert, sofort zu gemeinsamen Beratungen der Vorstände der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen über die Durchführung des Generalstreiks zusammenzutreten.

Die bayerische Regierung protestiert.

Ministerpräsident Held hat telegraphisch beim Staatsgerichtshof folgenden Antrag gestellt:

„Namens der bayerischen Staatsregierung beantrage ich für das Land Bayern zu erkennen: Einsetzung eines Reichskommissars an Stelle von Landesregierungen sowie Amtsenthebung von Landesministern, wie in der Reichsverordnung vom 20. Juli 1932 vorgesehen, ist mit der Reichsverfassung nicht vereinbar.“

Die Verordnung berührt verfassungsmäßige Rechte aller Länder und ihre verfassungsmäßige Existenz. Zur Begründung des Antrages nehme ich Bezug auf die Erklärung Bayerns vom 9. Mai 1931 im Verfahren vor dem Staatsgerichtshof wegen des Steuervereinhaltungs-gesetzes. Weitere Begründung bleibt vorbehalten. Erbittet Terminbekanntgabe.“

Außerdem hat Held beim Reichskanzler förmlich Rechtverwahrung eingelegt und den Reichspräsidenten von diesen Schritten in Kenntnis gesetzt.

Die anderen Länder.

Papen hat am Mittwoch mittag die Vertreter von Bayern, Baden, Sachsen, Thüringen und Hamburg über seine Aktion gegen Preußen unterrichtet. Bei den Vertretern der Nazi-Länder (Braunschweig, Anhalt, Oldenburg, Mecklenburg) hielt er diesen Schritt offenbar für überflüssig. In bezug auf Hessen, das noch einen sozialdemokratischen Staatspräsidenten (Adelung) und einen sozialdemokratischen Innenminister (Leuschner) hat, scheinen ähnliche Absichten zu bestehen wie gegen Preußen. Die Nazis haben im hessischen Landtag Aenderung der Verfassung und Verhängung des Ausnahmezustandes beantragt.

Was wird das Zentrum tun?

Die Wahlversammlungen des 20. Juli waren in allen Städten des Reiches selbstverständlich überfüllt. Bedeutungsvoll sind die Versammlungen des Zentrums, weil die Haltung dieser Partei und ihres ungekrönten Führers jetzt von entscheidender Bedeutung ist.

Brüning hat am 20. Juli in Augsburg und in München gesprochen. In München war die gesamte bayerische Staatsregierung anwesend. Die erregende Wendung in Brünings Rede trat in dem Augenblick ein, als er zu den Berliner Vorgängen Stellung nahm. Zu der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen erklärte er, daß die Vorbedingungen dafür seines Erachtens nicht gegeben seien. Zu Severings Absetzung fragte er, wozu man einen Mann brüskiere, der 14 Jahre seines Lebens gegen den Kommunismus und für den Staat gekämpft habe. Zur Haltung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei stellte er fest, daß diese Parteien nicht die Hände derjenigen zurückstoßen würden, die bereit seien, die Verantwortung zu übernehmen.

Wenn die Sozialdemokratie stark und mutig sei, den Kommunismus bekämpfe und sich auf die Linie der Verantwortung stelle, wäre es ein Verbrechen, diese Partei in eine radikale Opposition zurückzuwerfen.

Im gleichen Sinn äußerte sich die katholische „Kölnische Volkszeitung“, die Severing ein Anerkennungszeugnis für seine Polizeiführung ausstellt. Sie weist hin auf die ungeheure Erregung der Zentrumsparlei, die in Preußen nicht gut höher steigen könne. Die Besorgnis um die Folgen der jüngsten Schritte der Reichsregierung seien im Lager des Zentrums „fast grenzenlos“. Es seien nicht die schlechtesten Patrioten, die

fürchten, daß das, was am 20. Juli geschehen sei, den erhabenen Gedanken an die Einheit des Reiches zu Schaden bringen könne.

Noch keine klare Entscheidung auf Seiten des Zentrums, aber immerhin ein Versuch, die Koalitionsbereitschaft der SPD abzutasten, ein Verfahren, dem diese tatsächlich mehr entgegenkommen wird, als daß sie die Einheitsfront nach links hin herstellt.

Die Verordnung des Reichspräsidenten über den militärischen Ausnahmezustand in Berlin und Brandenburg.

Auf Grund des Artikels 48, Absatz 2, der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und Provinz Brandenburg folgendes:

§ 1.

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2.

Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, der sie auf Militärbefehlshaber übertragen kann.

Zur Durchführung der zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen wird dem Inhaber der vollziehenden Gewalt die gesamte Schutzpolizei des bezeichneten Gebietes unmittelbar unterstellt.

§ 3.

Wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers zuwiderhandelt, oder zu solcher Zuwiderhandlung auf-fordert oder anreizt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis- oder Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Absatz 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und, wenn die Zuwiderhandlungen den Tod eines Menschen verursachen, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögensentziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung (Absatz 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

Der Hamburger Zollfahndungsstelle gelang es, einen großzügigen Kaffeeschmuggel, der vermutlich bis zum Oktober vorigen Jahres zurückreicht, aufzudecken. Bis jetzt sind acht Festnahmen erfolgt; weitere stehen bevor. Die geschmuggelte Menge wird auf 90 000 bis 100 000 kg Kaffee geschätzt. Die Schmuggler bedienten sich eines großen Möbelwagens, der von einem Lastkraftwagen gezogen wurde. Dieser Möbelwagen hatte am Kopfende eine Geheimabteilung, in der man jeweils etwa 40 Sack Kaffee unterbringen konnte. Ferner verfügten sie über einen Motorkahn, der doppelte Schotten besaß.

Die Zahl der Arbeitsdienstwilligen hat am 1. Juli 70 000 betragen; mit Hilfe der 55 Millionen Mark, die bis zum 31. März 1933 zur Verfügung stünden, könnten durchschnittlich 200 000 Arbeitswillige beschäftigt werden, so äußerte Syrup, der Kommissar für den Arbeitsdienst.

In Altona ist inzwischen ein weiterer Verletzter vom Sonntag gestorben. Das provokatorische Verhalten der SA dort hat also bisher 17 Todesopfer gefordert.

Belgische Kohlenarbeiter streiken weiter. In den Kohlenbergwerken von Charleroi (im Borinage), wo die Arbeit zum Teil wieder aufgenommen worden war, haben die Arbeiter beschlossen, den Generalstreik fortzusetzen.

§ 4.

Die in den §§ 81 (Hochverrat), 302 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Uberschwehmungen), 315, Absatz 2 (Beschädigungen von Eisenbahnanlagen) des Strafgesetzbuches mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen

sind mit dem Tode zu bestrafen,

wenn sie nach der Verkündung der Verordnung begangen sind. Unter der gleichen Voraussetzung kann im Falle des § 92 (Landesverrat) des Strafgesetzbuches auf Todesstrafe erkannt werden, ebenso in den Fällen des § 125, Absatz 2 (Rädelsführer und Gewalttätigkeiten bei Zusammenrottungen) und § 115, Absatz 2 (Rädelsführer und Widerstand bei Aufruhr), wenn der Täter den Widerstand, die Gewalt oder Drohung mit Waffen oder in bewaffnetem und gewolltem Zusammentreffen mit Bewaffneten begangen hat.

§ 5.

Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsminister der Justiz außerordentliche Gerichte zu bilden.

Zur Zuständigkeit dieser Gerichte gehören außer den in § 9 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 371) aufgeführten Straftaten auch die Vergehen und Verbrechen nach § 3 der vorliegenden Verordnung.

§ 6.

Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Neudeck und Berlin, den 20. Juli 1932.

Der Reichspräsident: gez. von Hindenburg.

Der Reichskanzler: gez. von Papen.

Der Reichsminister des Innern: gez. Freiherr v. Gayl.

Der Reichswehrminister: gez. von Schleicher.

Aufruf des Militärbefehlshabers.

„Ich bin durch den Herrn Reichswehrminister zum Inhaber der vollziehenden Gewalt für den Bereich von Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg ernannt worden. Ich erwarte von allen Behörden und von der Bevölkerung, daß sie meinen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung erlassenen Anordnungen Folge leisten. Wer diese Bekanntmachungen böswillig abrißt, verunstaltet oder beschädigt, wird bestraft.“

Berlin, den 20. Juli 1932.

Der Militärbefehlshaber:
gez. von Rundstedt,
Generalleutnant.

Strafanträge im Devaheim-Prozeß:

Für Pastor Cremer drei Jahre Gefängnis;
für Kaufmann Gustav Hollmar Claussen drei Jahre Gefängnis;
für Generaldirektor Wilhelm Jeppel zwei Jahre, sechs Monate Gefängnis;
für den Prokuristen Ernst Wilhelm Cremer acht Monate Gefängnis;
für Direktor Paul Jeppel vier Monate Gefängnis;
für Direktor Heinrich Köcks drei Monate Gefängnis.

Claussen wurde verhaftet, da wegen der hohen Strafe Fluchtverdacht besteht.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lindmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Janowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerel und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

MAGDEBURG

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w. erhalten

Reform-Nahrungsmittel zu Ausnahme-Preisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST-REFORMHAUS

Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104

Bereits 80 Mark genügen!

Und Sie erhalten einen hochwertigen Maßanzug.

aus erstklassigem Stoff,
mit bestem Futter,
in sorgfältiger Maßarbeit.

Preisänderungen nach oben und auch noch nach unten, je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!

R. Schönhelt, MAGDEBURG, Otto von Guerickestr. 104, H. v. I.

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg, Barcastraße 8.

Telefon: 23 53 42

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987.

21. Juli: G. W. Pabst:

Kameradschaft

Ab 22 Juli: Der Russenfilm:

Iwan der Schreckliche

Leo Lania und Piel Jutzki:

UMS TÄGLICHE BROI

F o x tönende Wochenschau.

Anfangszeiten: 15, 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserate!

Werbeprosperkte Zeitungen Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt

A. Janiszewski

Buchdruckerei und Verlag, GmbH

Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf: Sammelnummer FI. Moritzplatz 5471

Der Prozeß gegen die Attentäter auf den Reichsbankpräsidenten

Dr. LUTHER lenkt das Interesse vieler erneut auf die Frage der Währungsreform

Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise?

Von Helene Beyer 52 Seiten Brosch. 40 Pf.

Diese Schrift setzt sich mit der Freigeldlehre kritisch auseinander. In ihr bekommt jeder ein Rüstzeug in die Hand, das ihn befähigt, Geldreformprojekte kritisch zu untersuchen

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a
Postcheck-Konto: Berlin Nummer 313 42

Die Toten von Langenselbold.

Überfallwagen auf Arbeiter.

Ein Teilnehmer an der Beerdigung der in Langenselbold erschossenen Arbeiterfrauen schreibt uns:

Langenselbold ist ein Ort in der Nähe von Hanau mit etwa 5000 Einwohnern, mit einer starken kommunistischen Mehrheit und vielen Arbeitslosen. Am vergangenen Freitag war dort eine Arbeitslosenversammlung einberufen worden, in der ein kommunistischer Redner aus Frankfurt sprechen sollte. Nach den Aussagen einiger Langenselbolder Arbeiter war die Versammlung vorschriftsmäßig bei der Polizei angemeldet worden. Kurz vor Beginn der Versammlung erschienen aber die Polizei und erklärte, die Versammlung sei nicht genehmigt, da sie zu spät angemeldet sei. Es ist klar, daß die Versammelten dagegen protestierten. Die Polizisten, die darauf den Saal räumen wollten, wurden zwar bedrängt, doch nicht so, daß sie sich in Gefahr befanden. Sie schossen. Das Licht wurde ausgedreht und eine Schlägerei zwischen Polizei und den Versammlungsteilnehmern entstand. Das Resultat: zwei Tote (Frauen), ein schwerverletzter Mann, der inzwischen gestorben ist, mehrere verletzte Arbeiter und ein vollständig demolierter Saal. Auch sollen einige Polizisten durch Schläge und Messerstiche verletzt worden sein. Eine der getöteten Frauen hinterläßt drei kleine Kinder, die andere ist jungverheiratet. Der gestorbene Arbeiter hinterläßt ebenfalls drei Kinder.

Am Montag fand die Beerdigung der beiden Frauen statt — eine machtvolle Kundgebung, da die Kommunisten aus den umliegenden Orten erschienen waren. Mehrere Tausend Menschen nahmen teil. Viele Kränze mit roten Schleifen, auch von der Eisernen Front. Die Feier schloß mit der „Internationale“.

Etwa 400 Genossen zogen dann durch den Ort. Am Haus des Landjägers, der die beiden Frauen erschossen haben soll, wurden Niederrufe auf die Polizei ausgebracht und einige Arbeiter schleuderten Steine gegen das Haus. Als der Zug an dem Hause vorbei war, wurde aus den letzten Reihen des Zuges gerufen: „Der Hund der schießt“ — womit dieser Landjäger gemeint war. Wütend brachen die Arbeiter Latten von den Zäunen, rissen Steine aus der Erde und wollten das Haus stürmen. Die Rufe einiger besonnener Genossen, weiter zu marschieren, verhallten ungehört. Schon erscheint ein Überfallwagen der Schutzpolizei und der Landjäger tritt mit zwei Revolvern in den Händen aus dem Hause. Die Polizisten schlugen gleich mit dem Gummiknüppel auf die flüchtenden Arbeiter ein. Hiermit wäre der Vorfalle erledigt gewesen. Die Polizei schien aber anderer Meinung zu sein. An einer Querstraße fing sie auf einmal an, auf die Arbeiter zu schießen, obwohl sie nicht bedroht war; *ich betone dies ausdrücklich*. Statt Schreckschüsse abzugeben, schossen sie gleich in Brusthöhe blindlings in die Masse hinein. Zwei Arbeiter wurden in die Lunge getroffen. Der eine starb gleich darauf, während der andere später gestorben ist. Mehrere Arbeiter erhielten leichtere Schußverletzungen. Ältere Arbeiter weinten laut vor Wut und forderten ihre Genossen auf, sich doch zu wehren.

Nach dieser Attacke auf die Arbeiter verschwand der Überfallwagen. Überall in den Straßen standen Gruppen diskutierender erbitterter Arbeiter:

„Warum laßt ihr euch das gefallen?“

„Ihr solltet auch schießen.“

„Wir würden doch den Kürzeren dabei ziehen.“

„Es ist schon egal, ob man verhungert, oder erschossen wird.“

Am Mittwoch soll der am Freitag tödlich getroffene Arbeiter beerdigt werden.

„Ein Wort der Gottfremdheit“ — so bezeichnete am Dienstag vor den Ohren der Eisernen Front in Dresden der inzwischen abgesetzte sozialdemokratische Kultusminister Grimme Papens Wort vom Wohlfahrtsstaat.

Hyänen der Politik.

Der Prozeß Norkus.

H. Lt. Ende Januar war der 15jährige Realgymnasiast und Hitler-Knabe Norkus in Berlin-Moabit von Kommunisten erstochen worden, als er in der Morgenfrühe mit seinen Kameraden Propagandazettel verteilte. Die Täter sind entkommen. Gegen die Anstifter lief vom 5. bis 14. Juli ein Prozeß, der ein empörendes Bild der Verkommenheit bot, die nicht nur in rechtsradikalen Kreisen herrscht, sondern sich leider auch auf kommunistischer Seite zeigte.

Widerliche Kumpanel.

Auf der Anklagebank saßen gemeinsam vier Kommunisten und sechs Stennes-Leute (Anhänger jenes Hauptmanns a. D., der vor seiner Revolte gegen Hitler 30 000 Berliner SA-Leute befehligt hatte). Diese politische Charakterisierung der Angeklagten stimmte jedoch nur bis zur Begehung der Tat. Nachher wechselte Seeburg (3 Jahre Zuchthaus und Ehrenverlust), der im Zuge der Kommunisten gegen die Hitler-Knaben mitmarschiert war, hinüber zu den NS. Auch von den sechs Stennes-Leuten ist einer nachher wieder Nationalsozialist geworden.

Die Ermordung des Hitler-Knaben Norkus kam so zustande: Die Stennes-Leute Kuhlmann (3 Jahre Zuchthaus und Ehrenverlust) und Gundel (1 Jahr Gefängnis) arbeiteten zusammen mit dem Hitler-Knaben Mondt bei einem Bäcker. Bei dieser Gelegenheit erfuhren sie von dem Plan der Hitler-Jugend, in Moabit Zettel zu verteilen. Kuhlmann oder Gundel — vor Gericht schob jeder die Schuld auf den andern — rief daraufhin eine Gruppe Moabiter Kommunisten an und forderte sie auf, Mondt

gegen „10 Stiefel Bier“

totzuschlagen. Die Kommunisten stimmten zu mit dem Ruf: „Rache für Folseneck!“ Unter ihnen der RFB-Führer Stolt (3 Jahre Zuchthaus), Post (2 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrenverlust) und Kuhl (1 Jahr Gefängnis). Am 24. Januar wurden aber statt des Mondt der ihm ähnlich sehende Norkus erstochen.

Polizei- und Partei-Spitzel.

In diesem Prozeß wimmelte es von Beschuldigungen, dieser oder jener der Angeklagten und Zeugen sei ein Spitzel gewesen.

Für die Angeklagten, die nach der Tat zu den NS übergegangen sind, trifft dies vermutlich zu. Der ehemalige „Kom-

munist“ Seeburg gab jedenfalls an, schon seit 1931 mit den NS „sympathisiert“ zu haben. Außerdem scheint er Polizeispitzel gewesen zu sein; denn seinem „Geständnis“ verdankt die Polizei die Feststellung der Angeklagten.

Er gehört wohl zu derselben Sorte wie der Zeuge mit dem bezeichnenden Namen Toifl, der früher Ermittlungsbeamter, später Stennes-Mann war, der zugab, gegen Geld Material über die Stennes-Gruppe an die NS geliefert zu haben, und dem Gericht mit ausführlichen Tagebüchern aufwartete.

Weniger geklärt ist die Rolle des Zeugen Jantzon, dessen Laufbahn ebenfalls wenig vertrauenswürdig ist: erst Polizeileutnant, dann Adjutant einer NS-Gauleitung, schließlich Leiter eines „unpolitischen“ Jiu-Jitsu-Klubs und Adjutant von Stennes. Er soll der große Unbekannte sein, der der Polizei im sogenannten Kurfürstendamm-Prozeß Angaben über die NS gemacht hat. Im Norkus-Prozeß erklärte er bezeichnender Weise, er habe einmal vorübergehend seinen eigenen Führer Stennes in Verdacht gehabt, Hauptmann einer Mörderbande zu sein und mit der KP wie mit dem preußischen Innenminister unter einer Decke zu stecken. Jetzt sei sein Verhältnis zu Stennes wieder „ungetrübt“.

Stennes selber widersprach als Zeuge diesen Verdächtigungen, die aber von den ehemaligen Stennes-Leuten Gundel und Toifl aufrecht gehalten wurden.

Politik und Charakter.

Der „Völkische Beobachter“ verschweigt, daß der zu Zuchthaus verurteilte „Kommunist“ Seeburg später zu den NS übergegangen ist. Dieses Schweigen ist bei dem Charakter der NSDAP nicht verwunderlich. Es ist auch nicht verwunderlich, daß die NS-Presse kein Verlangen hat, die Ermordung des Hitler-Knaben Norkus zu vergleichen mit dem Überfall in Vohenstrauß (bayer. Oberpfalz). Dort mißhandelte — ebenfalls im Januar — eine Schüler-Wandergruppe nationalsozialistischer Art einen Volksschulkameraden derart, daß er beinahe zu Tode geprügelt wurde. Zwei Söhne des protestantischen Pfarrers von Vohenstrauß waren hieran beteiligt.

Von der KPD aber verlangen wir, daß sie einen energischen Trennungsstrich zieht zwischen sich und allen verbrecherischen Elementen, die sich an sie heranpirschen. Der sozialistische Klassenkampf ist keine Stätte für die Hyänen der Unterwelt. Erkennt endlich die Bedeutung des Charakters in der Politik!

Die Stärke der Einheitsfront und was der Polizeioffizier nicht hören wollte.

Bs. Für vergangenen Sonntag hatte die Eisernen Front zu einer Kundgebung in den Thüringer Wald-Dörfern Meuselbach und Katzhütte aufgerufen. In einer Arbeitslosenversammlung, die kurze Zeit vorher stattfand, wurde angeregt, die Kundgebung zu einer Demonstration der gesamten Arbeiterschaft zu erweitern.

Verhandlungen zwischen SP, KP und den Freien Gewerkschaften führten zum Erfolg. Mehr als 2000 Arbeiter der Dörfer des oberen Schwarztales marschierten in Meuselbach und Katzhütte auf. Die SA hatte am gleichen Tage ihre Leute mit Lastautos von weither herangeholt und war wenige Stunden vor dem Aufmarsch der Arbeiter durch dieselben Dörfer gezogen.

Die SA hatte nur 450 Mann aufgebracht.

Das Ende, das die Arbeiterdemonstration fand, ist bezeichnend für die heutige Lage. Als der zweite Redner, ein KP-Genosse, davon sprach, daß im Januar 1919 bewaffnete Arbeiter durch die Straßen Berlins zogen, wurde er von dem

Polizeioffizier, der das anwesende Überfallkommando befehligte, aufgefordert, nicht weiter darüber zu sprechen, und als er wenige Sätze später sagte, daß die Arbeiterschaft gegenüber den Angriffen des Faschismus sich auf ihre Fäuste und Muskeln verlassen müsse, wurde die Demonstration aufgelöst. Mit schußfertigen Karabinern und drohendem Gummiknüppel trieb die Polizei die Arbeiter, die die Demonstration in vorbildlicher Disziplin durchgeführt hatten, vom Versammlungsplatz herunter.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Braunschweig: Freitag, 22. Juli, 20.15 Uhr. „Handelshof“, Lessingplatz 5. Thema: Mobilisierung der Arbeiterwähler.

Bremen: Montag, 25. Juli, 20.15 Uhr, im kleinen Saal des Bildungsvereins „Lessing“. Am Geeren 3. Thema: Mobilisierung der Arbeiterwähler! Redner: Fritz Grob (Berlin).

Göttingen: Freitag, 22. Juli, 20.30 Uhr, im kleinen Saal des Volkshaus. Thema: Die außen- und innenpolitische Lage und die Reichstagswahl am 31. Juli.

Hamburg-Hammerbrook: Sonnabend, 23. Juli, 20.15 Uhr, im Volkshaus Hammerbrook, Sachsenstraße 21. Thema: Die Mobilisierung der Arbeiterwähler. Redner: Fritz Grob, Berlin.

Hann.-Münden: Montag, 25. Juli, 20.30 Uhr, im Volkshaus, Langstraße. Thema: Die politische Lage und die Reichstagswahl!

Köln: Freitag, 20. Juli, 20.15 Uhr, Coloniahaus, Aachener Str. 5, I. Thema: Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Wirtschaftspolitische Aussprache.

Berlin: Freitag, den 22. Juli, 20 Uhr, im Konferenzzimmer des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24 (Eingang durchs Restaurant). Thema: Welche Wirtschaftspolitik wird die Regierung Schleicher-Papen treiben? Leitung der Aussprache: Hellmut Rauschenplat. Unkostenbeitrag: 30 Pf. Für Arbeitslose frei.

Achtung Postbezieher!

In diesen Tagen muß das Post-Abonnement auf den „Funken“ erneuert werden. Nach dem 25. Juli erhebt die Post für den Bezug im kommenden Monat Verspätungs-Gebühren. — Das Abonnement kostet monatlich 2 M, zuzüglich 36 Pf. Bestellgeld.

Vom englisch-irischen Zollkrieg.

Die irische Regierung hat bereits eine Liste derjenigen englischen Waren zusammengestellt, auf die sie Sonderzölle erheben will — ihre Antwort auf die englischen Sonderzölle gegen Irland. Dem Warenstrom, der am Donnerstag voriger Woche von Irland nach England floß, um noch gerade vor dem Niederfallen der Zollschränke über die Grenze zu kommen, entspricht in diesen Tagen der Gegenstrom: Große englische Kohlenlieferungen sind zur Zeit nach Dublin unterwegs; sie sollen dem irischen Gegenschlag noch eben ausweichen.

Wie soll die Einheitsfront organisiert werden?

Das Beispiel von Oberursel.

P. St. Oberursel (Taunus), 18. Juli.

Auf Anregung eines Arbeitslosenausschusses haben sich hier KPD, SPD, SAP, Eisernen Front und Antifaschistische Aktion zu gemeinsamem Handeln zusammengefunden. Die Arbeiter und die örtlichen Leiter ihrer Organisationen wollen ernstlich die antifaschistische Einheitsfront und haben, ohne ihre Bezirksleitungen zu fragen, den Zusammenschluß in einem Kampfausschuß vollzogen, der von je drei Vertretern der KPD, SPD und SAP gebildet wird. Die beteiligten Organisationen formulierten ihr Programm in einem Aufruf, der für ähnliche Unternehmungen geradezu als ein vorbildliches Muster gelten kann. Wir teilen ihn deswegen hier nochmals vollständig mit:

„Oertlich verpflichten sich alle Mitglieder der unterzeichneten Organisationen, gegenseitig ihre Versammlungen nicht zu stören, sondern den Versammlungsschutz gegenüber evtl. Störungen zu übernehmen, sowie gegenseitig sich ihre Plakate zu schützen.“

Politische Meinungsverschiedenheiten der Mitglieder proletarischer Parteien untereinander bei Gegnern haben zu unterbleiben. Bei allen Diskussionen mit Gegnern treten die Mitglieder der unterzeichneten Organisationen als Einheit auf. In großen, gemeinsam zu veranstaltenden Kundgebungen und Demonstrationen ist dem Bürgertum die zahlenmäßige Überlegenheit vor Augen zu führen.

Die Versammelten betrachten es bei einem evtl. Angriff der Faschisten als ihre Pflicht, sämtliche Einrichtungen der Arbeiterschaft, gleich welcher Richtung, zu schützen und zu verteidigen.

Die gewählte Kampfleitung wird aufgefordert, alle Geschäftsleute, die Mitglieder der NSDAP sind und solche, die mit ihr sympathisieren, in geeigneter Weise zur Kenntnis der Bevölkerung zu bringen.

Die Versammlung gelobt einig zusammenzustehen, bis der Faschismus geschlagen am Boden liegt.

Sozialdemokratische Partei, Ortsgruppe Oberursel; Sozialistische Arbeiterpartei, Ortsgruppe Oberursel; Kommunistische Partei, Ortsgruppe Oberursel; Eisernen Front, Oberursel; Antifaschistischer Kampfbund, Oberursel.

Dieses Versprechen wird zur Tat: In Oberursel veranstalteten die linken Arbeiterorganisationen gemeinsame Kundgebungen; keine Versammlung der einen Arbeiterpartei findet statt, ohne daß die andere geschlossen da ist, um zum Gelingen der Veranstaltung beizutragen; sie übernehmen gemeinsam den Saalschutz, sie schützen ihre Plakate gegenseitig. Die Genossen von der KPD und SPD begegnen einander mit Achtung und Kameradschaftlichkeit und üben auch sonst Klassensolidarität. Man merkt ihnen an, daß sie mit Begeisterung und voller Zuversicht den Kampf gegen den gemeinsamen Feind führen.

Welch großen Auftrieb das geschlossene Zusammenstehen der Arbeiterbewegung gibt, zeigt die erste gemeinsame Kundgebung vor 14 Tagen, an der etwa 2000 Menschen teilnahmen, während die einzelnen Veranstaltungen der SPD oder KPD in Oberursel früher nie mehr als 500 Teilnehmer zählten. (Bei den letzten Wahlen hatte die KPD etwa 1500, die SPD etwa 1000 Stimmen.) Die Geschlossenheit der Arbeiterschaft hält

die Nationalsozialisten in Schach, sie wagen nicht, durch die Arbeiterstraßen der Stadt zu demonstrieren.

Die Versammlungen der NS sollen schlecht besucht sein, da viele Einwohner aus Angst nicht hinkommen. Die Geschäftshäuser von nationalsozialistischen Inhabern sind mit drei Pfeilen gekennzeichnet worden, damit sie von den Arbeitern gemieden werden.

In einem kleineren Nachbarorte wird in ähnlicher Weise die Einheitsfront der Arbeiterschaft gegen den Faschismus gebildet.

Wie stehen die Parteizentralen? Ueber die Frankfurter Bezirksleitung der KP hörte ich, daß sie den Bericht über die Einheitsfront in Oberursel mit saurer Miene aufgenommen hat. Bei der SPD wird es nicht anders liegen; denn die Presse beider Parteien hat sich — zur Enttäuschung vieler Genossen in Oberursel — der Berichterstattung über diesen Vorstoß zur Einheitsfront verschlossen. Sie unterscheidet sich dadurch — für sie wenig vorteilhaft — von der scharfmacherischen „Berliner Börsenzeitung“, die überhaupt ein aufmerksames Ohr für Einheitsfrontregungen in der Arbeiterschaft hat — natürlich nur, um sie der herrschenden Macht zu denunzieren.

Hindernisse für einen britischen Zollverband.

Daß Großbritannien auf der heute beginnenden Konferenz in Ottawa keinen leichten Stand haben wird, besprechen wir neulich (in unserer Nummer vom 16. Juli). Großbritannien ist von den Dominions während der letztvergangenen Jahre in steigendem Maße abhängig geworden; sie sind zu immer wichtigeren Lieferanten seiner Einfuhr und Abnehmern seiner Ausfuhr geworden. Die Dominions dagegen haben ihren Außenhandel mit anderen Ländern mehr entwickelt als den mit Großbritannien. Die stärkste wirtschaftliche Verbindung besteht noch zwischen Neu-Seeland und Großbritannien. Neu-Seeland ist das einzige Dominion, das mehr als die Hälfte seiner Ausfuhr, nämlich 75 Prozent, nach Großbritannien sendet.

Die Frage erhebt sich, was England den Dominions bieten kann, um ein engeres wirtschaftliches Band zwischen den Gliedern des Britischen Reiches herzustellen. Solange England Freihandelsland war, konnte es den Dominions keine Vergünstigungen gewähren. Seitdem England Schutzzölle eingeführt hat, kann es den Dominions Vorzugszölle oder gar Zollfreiheit zugestehen. Aber diese Möglichkeit springt nur scheinbar so einleuchtend in die Augen. Bei näherer Betrachtung erweist es sich als sehr schwierig, auf diesem Gebiet wesentliches zu erreichen.

Eine Schwierigkeiten deuteten wir schon am 16. Juli an. Auf weitere Schwierigkeiten weisen eine Reihe bekannter englischer Nationalökonominnen hin, die sich vor einem Jahr in einem von ihnen gemeinsam verfaßten Buch (Sir William Beveridge: „Zölle“) gegen Vorzugszölle im Rahmen des britischen Reichs ausgesprochen haben. Ihre Ausführungen sind auch von Interesse für die Verhältnisse, die die deutsche Zollpolitik in Deutschland geschaffen hat. Wir bringen daher einige Abschnitte aus diesem Buch.

Ablehnung von Getreidezöllen.

Einer der wichtigsten Ausfuhr-Artikel der Dominions, vor allem Kanadas, sind Nahrungsmittel, insbesondere Weizen. Um den Dominions auf diesem Gebiet Vorzugszölle einzuräumen, müßte England zunächst einen Zoll auf derartige Nahrungsmittel einführen und ihn für die Dominions ermäßigen oder beseitigen. Hierzu schreiben W. Beveridge und J. Hicks:

„In England herrscht eine starke Ueberlieferung gegen Nahrungsmittelzölle. . . . Zölle auf wichtige Nahrungsmittel gelegt, sind an und für sich schlechte Zölle, aber sie sind besonders schlecht für England. . . . Ein Armer gibt einen größeren Anteil seines Einkommens für Nahrung aus als ein Reicher; ein Familienvater gibt einen größeren Teil aus als ein Jungeselle.“

Das Gewicht eines Nahrungsmittelzolls fällt daher auf jene am schwersten, die ihn am meisten spüren.

Ein Zoll auf Lebensmittel ist ein schlechter Zoll, der, wenn möglich, vermieden werden soll. . . . Um eine so große Bevölkerung auf einer so kleinen Insel zu erhalten, muß England, im Wettbewerb mit anderen Ländern, in der ganzen Welt verkaufen; dafür sind die Preise und die Produktionskosten, in Gold gerechnet, entscheidend. . . . Es ist ein besonderer Vorteil, wenn ein bestimmter Geldlohn, durch die Billigkeit der Nahrungsmittel und anderer Lebensnotwendigkeiten, einen hohen Reallohn vorstellt. . . . Eine solche Besteuerung (wichtiger Lebensmittel) zu vermeiden, ist von höchster Wichtigkeit für England, wenn es geht.“

Unzweckmäßigkeit ganzer Zoll-Klassen.

Für zwei große Klassen von Waren sind Zölle ganz unzweckmäßig.

Erstens ist zu bedenken, daß für alle die Waren, für die das Britische Reich insgesamt einen Ausfuhr-Uberschuß gegenüber allen anderen Ländern aufzuweisen hat, ein Vorzugszoll nicht gut in Frage kommt. Denn dann, z. B. im Falle von Weizen, konzentrieren die nicht-britischen Weizenproduzenten, wie die amerikanischen und argentinischen Farmer, ihr Angebot auf die übrigen Länder und drücken dort die Preise. Dann aber müssen die Farmer des Britischen Reichs ihren Ausfuhr-Uberschuß ebenfalls zu diesen niedrigen Preisen absetzen. Den Preis im zollgeschützten Britischen Reich könnten sie aber nur hochhalten, wenn sie die Konkurrenz unter sich durch einen Pool, ein Syndikat, ausschalteten. Nur dann würde auch ein Quoten-System den Farmern in den Dominions nützen. Unter einem solchen System wären britische Mühlen gesetzlich gehalten, einen bestimmten Prozentsatz von Weizen aus den Dominions zu vermahlen. Eine Hochhaltung des Preises für auf diese Weise bevorzugten Dominion-Weizen, durch ein Syndikat der Farmer, würde aber eine Besteuerung der englischen Konsumenten zu Gunsten der Dominions bedeuten.

Dazu bemerken Beveridge und Hicks: „Bei dieser Entwicklung wäre

das Opfer, das von den englischen Konsumenten in bezug auf Weizen verlangt wird, in lächerlicher Weise außer Verhältnis zu dem Angebot, das die Dominions in bezug auf Märkte für englische Industriewaren machen könnten.“

Man setzt einen Grad von wirtschaftlicher Einheit des Reiches voraus, den die Dominions durchaus nicht wollen.“

Diese Gruppe von Waren enthält aber nicht nur Weizen, den Hauptexportartikel von Kanada und den zweitwichtigsten Artikel von Australien, sondern auch Wolle, den Hauptausfuhrartikel Australiens, ferner Jute und Erdnüsse aus Indien. „Schließt man in dieser Gruppe auch Gold ein, für das ein Zoll offensichtlich unzulässig ist, so kommen mit einem Schlage fast zwei Drittel des kanadischen Exportes, mehr als ein Viertel von dem Neu-Seelands und ein Siebtel des indischen nicht mehr in den Anwendungsbereich einer praktisch durchführbaren Vorzugsbehandlung seitens Englands.“

Die zweite Gruppe von Waren, bei denen Vorzugszölle unzweckmäßig sind, besteht aus den Waren, deren Erzeugung innerhalb des britischen Reichs nur einen geringen Teil des Reichsbedarfs befriedigt. In diesem Fall müßte das Reich den größten Teil seiner Einfuhr (nämlich die Einfuhr aus nicht-

britischen Ländern) mit einem Zoll belegen, um den britischen Produzenten einen Vorteil durch Zollnachlaß zu gewähren. Aber der Schaden, der dadurch angerichtet würde — z. B. durch Verteuerung der Baumwolle für die englische Textilindustrie und die Verteuerung des Mais als Futtermittel für die englischen Farmer —, dieser Schaden wäre viel größer als der Nutzen, den die Erzeuger dieser Waren innerhalb der Dominions erhalten würden. Speck, Eier, Holzstoff gehören in diese Gruppe.“

Soll man Holz spazieren fahren?

„Bei Holz tritt die Masse als Schwierigkeit auf. Kanada besitzt zwar eine große Holzexport, England eine große Holzeinfuhr. Vier Fünftel der kanadischen Ausfuhr gehen aber nach den Vereinigten Staaten, als dem nächstgelegenen Nachbarn. Aus den gleichen Gründen kommen die meisten englischen Holzimporte aus den skandinavischen Ländern. Diesen Handel durch Zollmaßnahmen zu zerstören, würde allen Beteiligten mehr schaden als nützen.“

Allgemeine Bedenken.

Aus wirtschaftlichen Gründen kommen die englischen Volkswirtschaftler zu dem folgenden Urteil: „Niemand, der bereit ist, den Tatsachen ins Gesicht zu schauen, kann den Versuch, das Britische Reich zu einer eng verknüpften ökonomischen Einheit zu machen, die den Vereinigten Staaten vergleichbar wäre, befürworten. Der Vorschlag eines Freihandelsreiches, d. h. eines Reiches mit Freihandel für alle seine Teile und einem Zoll gegen die übrige Welt, würde als unerreichbar und unerwünscht von den Vertretern der Dominions (bei früherer Gelegenheit, Rei.) zurückgewiesen. Englands wirtschaftliche Lage durch einen ausgedehnten Plan von Reichsvorzugszöllen umzugestalten, ist ausgeschlossen. Ein Ueberblick über den tatsächlichen Handel zwischen England und den großen Dominions zeigt, wie beschränkt das Feld ist, in dem sich Vorzugsbehandlung möglicherweise bezahlt machen könnte.“

Dazu kommt: „Wird Handel durch Regierungsverhandlungen künstlich aufgezogen und hängt er von der Art der Verträge ab, so ist

Aerger höchst wahrscheinlich.“

Der „exzentrische Herr“ mit der Währungstheorie.

Zu Beginn des zweiten Tags der Verhandlung gegen die Attentäter auf den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther wurde von der Verteidigung, die von den Rechtsanwälten Dr. Jollenberg, Dr. Klee, Dr. Liebes und Dr. Jaffé geführt wird, der Antrag gestellt, eine Reihe von Zeugen zu laden. Vor allem den Direktor Reinhart von der Commerz- und Privatbank und den Privatbankier Otto Kuhn, die

begutachten sollten, daß Dr. Luther die für sein Amt erforderlichen geldtheoretischen Vorkenntnisse nicht besitze

und in Bezug auf die Goldwährung „absolut unbelehrbar sei“, und schließlich noch den Freiwirtschaftler Regierungsrat Dr. Nölle-Oppeln. Die Genannten sollten ferner bezeugen, daß die Devisenkatastrophe vom Juni 1931 vermeidbar gewesen und durch die Fahrlässigkeit Dr. Luthers eingetreten sei.

Als Zeugen und Sachverständige für die Richtigkeit der Angriffe Roosevelts gegen die Goldwährung wurden ferner noch genannt Senator Paisikavi aus Helsingfors, Professor Dr. Ferrero-Rom, Professor Kämmerer, der Präsident der Stabel Money-Association in New York, Mc. Kenna, der frühere englische Schatzsekretär und jetzige Präsident der Midland Bank in London, und Professor Keynes aus Cambridge. Die Verteidigung verzichtet von vornherein auf eine Ladung der letztgenannten Herren.

Zu dem Antrag erhielt der Angeklagte Roosen noch einmal das Wort und trug in aller Breite und Ausführlichkeit seine währungspolitischen Absichten, Befürchtungen und Behauptungen vor, ohne daß der Zuhörer, auch wenn er geldtheoretisch geschult ist, allzu viel daraus entnehmen konnte. Es scheint sich um einen der vielen inflationistischen Pläne zu handeln, wie schon unserem gestrigen Bericht entnommen werden konnte; nach ihm würde sogar den Nationalsozialisten die Sache zu bunt, als ihnen Roosen ausführte, es seien 12 Milliarden zur Ausgleichung des Staatshaushaltes nötig, die anscheinend zum großen Teil durch Neudruck von Noten beschafft werden sollten. — Am zweiten Verhandlungstage sang der wortführende Angeklagte das Lob des unseligen Helfferich, der es so großartig verstanden habe, mit 80 Milliarden den ganzen Weltkrieg zu finanzieren, ohne daß die Preise wesentlich gestiegen seien, soweit eben nicht der tatsächliche Mangel Preissteigerungen bewirkt habe. Helfferich habe es verstanden, einerseits durch Notendruck Geld in den Verkehr zu pumpen und andererseits durch seine Krieganleihepolitik das Geld wieder „zurückzusaugen“. Roosen schwieg sich allerdings darüber aus, wie das Reich nachher die Krieganleihe hätte verzinsen und amortisieren sollen, wenn es nicht auf dem Wege der Inflation diese Schulden den Massen der Sparer und Kleinrentner aufgebürdet hätte; die großen Rentner-Kapitalisten hatten bekanntlich, wie auch Roosen von sich sagte, zur Zeit der großen Inflation Dollars in der Tasche und nur wenig Reichsmark. Mit der „Beseitigung der Deflation ohne Inflation“ war es also mindestens damals nichts, und man wundert sich, weshalb Roosen diese „Patentlösung“ Helfferichs so über alle Maßen lobt. Uebrigens betrachtet Roosen die Deflation (Verknappung der Zahlungsmittelmenge) als hauptsächlichste Krisenursache und erklärte,

„durch die Reichsbankpolitik seien zwei Drittel der Bevölkerung Deutschlands zum Aussterben verurteilt.“

Aus dieser Aeußerung geht die Neigung des Angeklagten zur Uebertreibung schon deutlich hervor.

Die Zeugenanträge der Verteidigung wurden nach längerer Beratung von dem Gericht abgelehnt mit der Begründung, das Gericht unterstelle für wahr, daß namhafte Wirtschaftspolitiker der Reichsbankpolitik die Schuld an der Wirtschaftskrise geben, und stelle weiterhin fest, daß „die Behauptungen Dr. Roosevelts nicht der Ausfluß einer tätigen Phantasie, sondern das Ergebnis einer wissenschaftlichen Forschung“ sei, die von „namhaften Wirtschaftspolitikern geteilt“ werde.

Ueber diese „Feststellung“ des Gerichtes kann man nur den Kopf schütteln, wenn man kurz zuvor den Angeklagten hörte, wie er dem Gericht bescheinigte, daß es von geldtheoretischer Sachkenntnis ziemlich ungetrübt sei und daher an die Materie unvoreingenommen herangehen werde. Ver-

angenommen, der Wohlstand Kanadas hänge von den Weizenpreisen ab, wie sie ein englischer Regierungseinkaufskommissar festsetzt oder die Prosperität Australiens hänge von der Höhe des englischen Zolles gegen Argentinien ab. Leute mit genügender Phantasie, die das Britische Reich, wie es ist — als freie Vereinigung von freien Nationen, die durch Blut oder Sprache oder Verfassungseinrichtungen zusammengehalten sind — schätzen, könnten bei diesen Gedanken das Schaudern lernen.“

Die Nutzenanwendung.

Das Ergebnis von Ottawa wird unter diesen Umständen wohl so problematisch sein wie das der verschiedenen Konferenzen von Genf in den vergangenen Jahren.

Der Vorzug eines einheitlichen großen Zollgebietes, wie es die Vereinigten Staaten darstellen, besteht auf den ersten Blick hin nicht nur im Fall eines britischen Zollverbandes, sondern auch bei den Bestrebungen zur Organisation einer mitteleuropäischen oder europäischen Zollunion. Wenn auch die Verhältnisse für einen einheitlichen Zollverband anders liegen als für eine europäische Zollunion, so gelten dennoch wesentliche Gründe, die für derartige Abmachungen zu sprechen scheinen, ebenso gut für einen allgemeinen Zollverband aller Länder; und der läßt sich am besten durch allgemeinen, allmählichen Zollabbau erreichen.

Diese Maßnahme würde der Entgiftung der internationalen Politik ebenso dienen wie der Innenpolitik jedes einzelnen Landes, insbesondere auch Deutschlands, für das die englischen Gründe gegen Getreidezölle ganz besonders zutreffen.

Rei.

teidigung und Oberstaatsanwalt waren sich übrigens darin einig, daß es „nicht Aufgabe des Gerichts“ sein könne, „über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit volkswirtschaftlicher Streitfragen eine Entscheidung zu fällen“.

Der Vertreter des Nebenklägers Dr. Luther wies mit Recht energisch darauf hin, daß der Angeklagte mit seinen weitreichenden Ausführungen vom eigentlichen Verhandlungsgegenstande abschweife und immer wieder versuche, die Rolle des Anklägers zu spielen, während es sich hier lediglich um die Aburteilung eines Delikts versuchter schwerer Körperverletzung handle.

Der Eindruck, den man von den Angeklagten bekommt, ist nicht sehr günstig. Roosen trägt ein aufgeregtes und aufgeblasenes Wesen zur Schau, das sicher nur zum Teil durch die Aufregungen der Untersuchungshaft und des Prozesses erklärt werden kann. An einigen Stellen erntete er einen unfröhlichen Heiterkeitserfolg, so als er schilderte, daß er im juristischen Sinne „geistig völlig normal sei, denn er sei, wie er mit Stolz sagen könne, schon zweimal in Irrenhäusern gewesen — um sich untersuchen zu lassen, fügte der Redner erläuternd hinzu. Die Untersuchungen seien stets zu seinen Gunsten ausgefallen. Roosen macht den Eindruck eines „Gentleman“, der seine Ideen für so wichtig hält, daß er nicht den gewöhnlichen Weg einhalten konnte, um ihnen wissenschaftliche Anerkennung oder politische Macht zu verschaffen, sondern gern bereit war, eine Märtyrerrolle zu übernehmen und, wie er sich ausdrückte, den

„exzentrischen Weg“

einzuschlagen. Unseres Erachtens kann man aus dem Prozeßverlauf jetzt schon schließen, daß diese Absicht Roosevelts nur insofern gelungen ist, als tatsächlich die Presse von seiner und seines Freundes Kertscher Person voll ist, daß man aber

seinen Währungs- und Geldtheorien dieselbe „Exzentricität“ (Ausgefallenheit) zuschreiben wird wie den gewählten ausgefallenen Mitteln.

Es würde ja auch zu tollen Zuständen führen, wenn jeder wirklich oder angeblich verkannte Erfinder oder Forscher die Aufmerksamkeit auf seine Arbeiten durch ein Attentat auf ihm mißliebige Personen gewinnen wollte, die — sei es aus welchen Gründen auch immer — die Bedeutung seiner „Patentlösung“ nicht einsehen.

Der Mitangeklagte Kertscher zeichnete sich durch Schweigen und stilles Vorsichhinlächeln aus. Nur zwei Mal nahm er das Wort. Was dabei dem Munde des angeblichen Schülers des „großen“ Helfferich entglitt, war ein gehaltloses Gestammel. Roosen hielt es denn auch für seine Pflicht, die passive Rolle seines Freundes zu entschuldigen und seine „Verdienste“ zu unterstreichen; der Gesetzentwurf zur Gesundung des Geldwesens und der Währung sei ausschließlich seine Arbeit!

Noch weniger verständlich wird übrigens die Tat, wenn man den Angeklagten Roosen den Goldmechanismus im internationalen Verkehr darstellen hört, der sich „als der bequemste Weg“ zur Ausbalanzierung der Zahlungs- und Handelsbilanzen erwiesen habe, oder wenn beide Angeklagte zugeben müssen, daß sich Dr. Luther durch sein Eintreten für die Rentenmark in seiner Eigenschaft als Finanzminister zweifellos Verdienste erworben habe.

Die Verhandlung wurde auf Freitag vertagt, wo der Oberstaatsanwalt Sturm zunächst das Wort haben wird.

R. H.

Die Reichsbahn an der Spitze.

In bezug auf die Transportkosten steht die Deutsche Reichsbahn an der Spitze der europäischen Bahnen, wie die nachstehende Tabelle deutlich zeigt:

	Einnahmen in Pfennigen auf 1 Personen-Kilometer	1 Tonne-Kilometer Fracht
Deutschland	3,11	5,19
Polen	2,63	2,43
Frankreich	1,90	4,50
Belgien	1,75	3,54
Tschechoslowakei	1,61	4,46

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2,- Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a Fernruf: P 7, Jannowitz 5909, Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 171 B

BERLIN • Sonnabend, den 23. Juli 1932

1 JAHRGANG

Ablösung des „Wohlfahrtsstaates“ durch das Nazi-Irrenhaus.

Der tschechoslowakische Faschismus.

Von F. M. (Prag).

Vor ungefähr fünf Jahren wurde die tschechoslowakische Öffentlichkeit plötzlich damit überrascht, daß der damalige Vertreter des Chefs des Generalstabes, Radola Gajda, suspendiert und daß ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet wurde. Nach Schluß der streng geheim gehaltenen Verhandlung wurde dieser hohe Militärbeamte degradiert, jedoch wurde ihm drei Viertel seiner Generalpension belassen. Fast gleichzeitig wurde der Minister Jiri Stribny, der mehrfach amtiert hat, aus der tschechoslowakischen Nationalsozialistischen Partei (Partei des Außenministers Dr. Benes) ausgeschlossen. Es ist jetzt ein öffentliches Geheimnis, daß Gajda und Stribny einen faschistischen Putsch vorbereitet hatten, die weiteren Einzelheiten sind jedoch auch heute noch unbekannt. Die Dokumente darüber sollen im Staatlichen Geheimarchiv aufbewahrt werden.

General Gajda hat bald nach seiner Degradierung die „Nationale faschistische Gemeinde“ gegründet und Stribny die „Partei der Slavischen Sozialisten“, die später den Namen „Nationale Liga“ erhielt. In diesen beiden Parteien sammeln sich heute die tschechoslowakischen Faschisten. Der sachliche Unterschied zwischen beiden ist nicht ganz leicht aufzuzeigen. Radola Gajda spielt zwar mit der monarchistischen Idee und baut seine Partei streng nach dem italienischen Muster, während sich Stribny mit seiner unklaren Ideologie mehr dem deutschen Nationalsozialismus nähert. Aber der eigentliche Grund dafür, daß die Tschechoslowakei zwei faschistische Parteien hat statt einer, liegt darin, daß sowohl Gajda wie Stribny „Führer“ sein wollen. Gajda, dessen Bewegung in den Städten begonnen hat, stützt sich mehr auf die landwirtschaftliche Bevölkerung und ist finanziell von dem ehemaligen Adel und der Großbourgeoisie der Provinz abhängig. Stribny hat dagegen unter seiner allslavischen Fahne die Angehörigen des städtischen Mittelstandes, vor allem die kleinen Beamten, Angestellten und die akademische Jugend gesammelt. Finanziell ist er verhältnismäßig unabhängig, dank seines und seines Bruders Frantisek großen Vermögens; von der Herkunft dieses Vermögens weiß heute noch niemand etwas Genaues, obwohl Stribny deshalb schon vor dem Untersuchungsausschuß des Parlaments und vor dem Gericht wegen Bestechungsverdachts (zur Zeit seiner Ministerschaft) gestanden hat.

Vor zwei Jahren haben beide Parteien zusammen in Parlament und Senat kandidiert. Sie erhielten daraufhin im Abgeordnetenhaus drei und im Senat ein Mandat. Das Abgeordnetenhaus hatte das Vergnügen, Gajda und Stribny in seinen Reihen begrüßen zu dürfen. Der dritte Abgeordnete sowie der Senator gehörten der Nationalen Liga an. Nun war aber gegen Gajda ein Gerichtsverfahren wegen Beihilfe bei Verbrechen im Gange. (Er hat nämlich zwei faschistischen Gewalttäter, die einen Justizrat überfallen haben, das Geld für die Reise ins Ausland gegeben.) Das Parlament lieferte Gajda aus. Er wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt und verlor sowohl sein Mandat wie auch den Rest seiner früheren Pension. Seine Partei hat heute keinen Vertreter im Parlament; sein Mandat ist an einen Angehörigen der Nationalen Liga gefallen.

Plötzlich ist die Öffentlichkeit von neuem auf die Person dieses ehemaligen Chefs des Generalstabes aufmerksam gemacht worden. Vor ein paar Wochen nahm die Polizei auf Befehl des Staatsanwalts eine unerwartete Hausdurchsuchung in den Parteisekretariaten und bei einzelnen Mitgliedern von Gajdas Partei vor. Bedeutendes Material wurde beschlagnahmt, aus dem, nach den Worten des Dr. Slávik, des Ministers des Innern, klar hervorgeht, daß die Faschisten „auf einen Sturz der republikanisch-demokratischen Form des Staates“ hingearbeitet haben.

Man hat eine Geheimorganisation „Junaci“ (die Helden)

*) Diese Partei kann man nicht mit der NSDAP vergleichen. Sie will zwar die Durchsetzung des Sozialismus auf nationaler Grundlage, aber sie steht sehr entschieden gegen den Faschismus. Sie ist durchaus demokratisch eingestellt. Sie vertritt die mittleren Schichten und einen Teil der qualifizierten Arbeiter.

Eine zeitgemäße Enthüllung.

Der „Vorwärts“ hat ein Schreiben des Gaues Groß-Berlin der Nazis an die Reichsleitung dieser Partei veröffentlicht, das ein solches Gemisch von Perversität und dummreister Ahnungslosigkeit ist, daß wir einige Stichproben von der Regierungskunst dieser Regierungspartei hier abdrucken.

Geheim!

An die
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Reichsleitung

München, Brienerstr. 45.

Zu der von den Wirtschaftsberatern der Reichsleitung für den Fall der Machtergreifung entworfenen Wirtschafts- und Sozialverfassung nimmt die Gauleitung entsprechend der Verfügung der RL nach Anhören der zuständigen Gau-fachberater nur insoweit Stellung, als ihr das Programm in Einzelheiten ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig zu sein scheint. Die folgenden Anregungen erfolgen aus dem spezifischen Gesichtswinkel der Groß-Berliner Bedürfnisse. Soweit ihre allgemeine Anwendung auf andere Reichsteile zweckmäßig erscheint, bleibt dem Reichsamt für Wirtschaftspolitik.

Zurück ins 19. Jahrhundert. Wirtschaftspolitik.

Die Rückführung des gesamten Lohn- und Gehaltsniveaus auf den Stand des Jahrhundertwende, wie sie das Programm vorsieht, ist notwendig, wird aber nur bei entsprechender Senkung der gesamten Lebenshaltungskosten durchgeführt werden können. Unerträglich würde eine so einschneidende Lohnsenkung sein, wenn etwa, wie geplant, die Mieten lediglich um 10 Prozent herabgesetzt, Löhne und Gehälter aber im Durchschnitt um 25 Prozent gekürzt würden. Im übrigen wird es im autarkischen Wirtschaftssystem vor allem darauf ankommen, dem schaffenden Volke der Faust und der Stirne (mit der „Stirne“ arbeiten im allgemeinen nur Ochsen; vielleicht nennen sich die Nazis deshalb im Gegensatz zum schaffenden Volk die Arbeiter der Stirn!) die Unvermeidbarkeit einer so rigorosen Lohnsenkung überzeugend vor Augen zu führen. Daran ist ja im letzten Grunde das System Brüning gescheitert: daß es dem Volk immer neue Lasten aufbürdete, ohne ihm ihre Notwendigkeit glaubhaft zu machen...

Der menschliche Hang zur Trägheit. Sozialpolitik.

Der schaffenden Bevölkerung muß mit aller Deutlichkeit klargemacht werden, daß der menschliche Hang zur Trägheit nicht weiter gefördert werden darf, und daß die Auswirkungen des Versicherungsgedankens... korrumpierend und erschlaffend auf den deutschen Menschen gewirkt haben... Die Gauleitung stimmt dem Entwurf, der an Stelle der Krankheitsversicherung das System der Betriebsparkasse setzt, grundsätzlich zu, um so mehr als mit Sicherheit anzunehmen ist, daß die Unternehmungen dadurch liquider werden und neue Arbeitsplätze geschaffen werden können...

Die Wahrheit über die Justiz. Beamtenpolitik.

Dem Vorhaben, das bestehende Beamtenrecht aufzuheben, wird zugestimmt. Für die richterlichen Beamten wird eine Ausnahme vorgesehen. Sie bleiben grundsätzlich lebenslänglich und unkündbar angestellt. Nur wird durch Notverordnung dieser Grundsatz für die Dauer von sechs Monaten aufgehoben, innerhalb deren eine Aussiebung des Richterpersonals erfolgt. Da nach Schätzungen unserer Fachberater etwa 75 Prozent der Richter zum mindesten mit den Fernzielen der NSDAP sympathisieren,

entdeckt, die vor einer gewissen Zeit in Südböhmen eine Militärübung mit Handgranaten veranstaltet hat. Weiter wurde festgestellt, daß die Faschisten durch die Mitgliedschaft in Schützen-sportvereinen versucht haben, zu Waffen zu kommen, um einen „Marsch nach Prag“ mit Bauernreitervereinen — die sie zu beherrschen suchen — nach Mussolinis Muster vorzubereiten. Gajdas Bruder, der der Reichsgauleiter der „Junaci“ war, und der Reichssekretär dieser Organisation wurden fest-

werden etwa 25 Prozent des Bestandes auszuschalten sein. Ungefähr das gleiche Verhältnis besteht bei den meisten Verwaltungen. Insgesamt wird sich ein Personalabbau von mindestens 30 Prozent reibungslos vollziehen lassen.

Die Unternehmerknechte. Ständischer Aufbau.

Bis zum organischen Aufbau des berufsständisch gegliederten Staates sieht die Wirtschaftsverfassung paritätisch mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern besetzte Nationale Gewerke vor, die alle arbeitsrechtlichen, betriebswirtschaftlichen und lohnpolitischen Fragen zu entscheiden haben. Hier wird empfohlen, die einzelnen Kammern in ihrer Beschlußfassung insoweit der Hoheitsverwaltung zu unterstellen als bei Stimmengleichheit insbesondere bei Lohnstreitigkeiten der Beauftragte der NSDAP in seiner Eigenschaft als Vorsitzender den Ausschlag gibt.

Unerträglich würde die in Aussicht genommene Bestimmung sein, wonach bei Lohnunterschieden der Unternehmer den Arbeitnehmern den Kampf um die Betriebe endgültig einstellen. Es ist sehr charakteristisch, daß die Fühlungnahme zwischen P. Gregor Straßer und dem Sachwalter des ADGB Furtwängler gerade in diesen entscheidenden Fragen ergebnislos verlaufen ist.

Von dem Verbot der Gewerkschaften wird empfohlen, den Deutschen Gewerkschaftsbund auszunehmen. Er könnte mit den ihm angeschlossenen Unterverbänden, insbesondere dem DHV, die Kaders für den Aufbau der Nationalen Gewerke bilden.

Pressefreiheit.

Ubergangsbestimmungen nach der Machtergreifung im Reich.

Presse. Die Scheidelinie für Dauerverbote im Bereich Groß-Berlin wäre links von der DAZ zu ziehen. Unter Vorzensur wird das Erscheinen widerruflich gestattet: DAZ, Scherl-Presse, Kreuzzeitung, Deutsche Tageszeitung, Tägliche Rundschau. Unzensuriert: Angriff, Deutsche Zeitung, Berliner, Börsen-Zeitung (!)

Die Unterbringung der Landsknechte. Öffentliche Sicherheit.

Bis 1. August 1932 stehen in Groß-Berlin zehn Standorten einsatzbereit. Die freiwerdenden Gebäude Kl. Alexanderstraße 28 (Liebknecht-Haus), Inselstr. 6 (ADGB), Lindenstraße 3 (Vorwärts), Jerusalemer Str. 46/49 (Mosso), Kochstraße 22/26 (Ullstein) kommen zunächst für die Unterbringung der SA-Gliederungen in Frage. Durch die Bereitschaften wird die Ruhe in allen Stadtteilen verbürgt.

Für den Ersatz der Schupo sind 9000 bewährte SA-Männer mit mindestens zweijähriger Dienstzeit in Aussicht genommen.

Die Polizeistunde ist für die Reichshauptstadt allgemein für 10 Uhr abends vorgesehen. Ausnahmen, insbesondere für Verkehrslokale, bewilligt auf Befürwortung der zuständigen Sektion der NSDAP die Polizeibehörde. Lichtreklamen sind ab 10 Uhr zu verbieten.

Die Nazis als Einpeitscher. Arbeitsdienst für die anderen.

Sammellager für arbeitsunwillige und politisch unzuverlässige Personen im Groß-Berliner Bereich sind vorerst in Döberitz, Zossen und Ruhleben in Aussicht genommen. Das Aufsichts- und Kommando personal wird sich, um berechtigte Mißstimmung unter den SA-Gliederungen zu vermeiden, nicht lediglich aus SS-Männern, sondern etwa zur Hälfte aus SA-Leuten zusammensetzen müssen.

Auch Gajda ist von neuem verhaftet worden, mitten heraus aus einem großen Fest, das er zu Ehren der milden Verurteilung eines faschistischen Führers, eines Kreisgerichtsvorsitzenden, gab. Die Untersuchung gegen Gajda ist noch im Gange. Alle faschistischen Versammlungen sind einstweilen verboten. Die Staatsanwaltschaft hat eine Reihe von Anklagen in Vorbereitung.

Das sind die jüngsten Ereignisse aus der faschistischen Bewegung. Endlich hat die Regierung eine schärferen Kurs

gegen die Faschisten eingeschlagen. Es dauerte lange, ehe sich die bürgerlichen Parteien zu diesem Weg entschlossen haben. Sie haben den Faschismus am Anfang sehr warm aufgenommen. Der Führer der Nationaldemokraten, Dr. Kramárc, sah in ihm einen Helfer gegen seinen alten politischen Gegner Masaryk und begrüßte die neue Bewegung mit den Worten: „Gott sei gelobt, daß der Faschismus kommt.“ Noch während des vorigen Jahres hatte die Nationaldemokratie eine innere Krise zu überwinden, die mit dem Ausschluß des faschisierenden Generalsekretärs Hlaváček endete. Aber auch heute noch haben Gajda und Stribny viele Freunde und Gönner in den Reihen dieser Partei. Die stärkste Regierungspartei: die Republikanische Partei der Agrarier, ist erst dadurch zu einem schärferen Vorgehen gegen die Faschisten gezwungen worden, daß plötzlich die gesamten Gemeinden, die früher republikanisch wählten, durch die Partei Gajdas erobert wurden.

Die Frage in dieser ganzen Entwicklung der tschechischen Parteiverhältnisse, die heute einen Kurs gegen die Faschisten nimmt, ist nur, ob es nicht schon zu spät ist. Bei dem zweifelhaften Verhalten des Sicherheitsapparates und der sympathisierenden Einstellung seitens der Gerichte ist der Faschismus unaufhörlich gewachsen. Wer wird ihm noch einen Damm entgegensetzen? Die sozialistischen Parteien, die sich dadurch belastet haben, daß sie an der „nationalen“ Regierung teilnehmen, können und werden es schwerlich tun. Die Kommunistische Partei stagniert seit Jahren; sie hält durch ihre Politik die Wiedervereinigung der proletarischen Parteien auf. Auf die Kommunistische Opposition kann also bei ihrer geringen Mitgliederzahl und ihrer geringen Werbekraft überhaupt nicht gerechnet werden.

Im öffentlichen Leben der Tschechoslowakei steht also dem Faschismus der Weg offen.

Es gibt nur noch eine Hoffnung, und das ist die junge sozialistische Generation, die sich in der letzten Zeit zum Wort meldet und Widerspruch gegen die Koalitionspolitik der beiden sozialdemokratischen Parteien, der tschechoslowakischen und der deutschen Partei, erhebt. Die Radikalisierung der Jugend ist übrigens nicht nur bei den Linksparteien, sondern auch bei den Mittelparteien offensichtlich.

Es fragt sich nur, ob diese Bewegung, noch zur Zeit kommt. Fast scheint es, daß man fürchten muß, daß der faschistische Wahnsinn, der die ganze Welt erfüllt, auch in der Tschechoslowakei zu Worte kommen wird.

Auftakt in Ottawa.

Unter großem Gepränge wurde am Donnerstag vormittag die Konferenz des britischen Weltreichs in Ottawa eröffnet, zu der 268 offizielle Vertreter, darunter 7 englische Minister, erschienen waren.

Nach kurzen Begrüßungsansprachen des Gouverneurs von Kanada, der ohne Botschaft des englischen Königs verlas, und des kanadischen Ministerpräsidenten Bennett, der zum Präsidenten der Konferenz gewählt wurde, ergriff der Führer der englischen Delegation, Baldwin, das Wort zu einer ausführlichen Darlegung der Ziele, die die englische Regierung der Konferenz setzt.

Das britische Empire, so erklärte er, stehe vor der Entscheidung, ob die rein nationalen Interessen seiner Mitgliedstaaten gesondert für sich zur Entwicklung gelangen sollten, oder ob eine engere Einheit des Weltreichs, vor allem ein Zusammenarbeiten im Handel erzielt werde. 70 Prozent des Weltreichhandels sei noch immer Handel mit dem Ausland, nur 30 Prozent bliebe innerhalb des Empire. Baldwin forderte, daß der Handel innerhalb des britischen Reichs verstärkt werde durch einen weiteren Ausbau des Vorzugzollsystems. Das bedeute nicht, daß den anderen Ländern gegenüber die Zölle erhöht werden sollten, sondern daß sie innerhalb des britischen Reiches gesenkt würden, wenn es auch unmöglich sei, hier zu völligem Freihandel überzugehen.

Nach Baldwin sprach der südafrikanische Finanzminister Havenga. Seine Rede war nachdrücklich auf den Ton gestimmt, daß jedes Abschließen des britischen Weltreichs vom Ausland Irrsinn sei, ja, daß schon der Versuch, den Handel der Weltreichstaaten vom Ausland abzuziehen und stärker auf ihre gegenseitigen Handelsbeziehungen zu konzentrieren, keineswegs unbedenklich und selbstverständlich sei. „Die Südafrikanische Union steht an vierter Stelle auf der Liste der Kunden Großbritanniens und die Frage, in welcher besonderen Richtung sie noch weiter ihre Einfuhr erhöhen kann, ist schwer zu lösen. Ich muß ganz offen erklären, daß da, wo Präferenzen gesucht werden, um eine Ablenkung des Handels herbeizuführen, ihre Wirkung auf auswärtige Länder in Erwägung gezogen werden muß, die jetzt südafrikanische Produkte in vollem Maße kaufen und deren Märkte wir behalten müssen für den Ueberschuß, den das britische Reich nicht absorbieren kann.“

Der indische Delegationsführer Chatterjee meldete auch hier in Ottawa den Anspruch Indiens auf vollständige Selbstregierung an. Er betonte, daß ein volles Ergebnis der wirtschaftlichen Verhandlungen nur auf Grund eines Zusammenwirkens aller Staaten der Welt möglich sei. Ottawa solle daher den Boden für internationale Erörterungen vorbereiten.

Schon diese Eröffnungssitzung der Konferenz gibt ein Bild davon, daß und wie England um seine Führerstellung im Weltreich auch hier in Ottawa zu kämpfen haben wird.

Japans Angriff auf die Mongolei.

Der Vormarsch der Japaner in der mongolischen, der Mandschurei benachbarten Provinz Jehol wird mit Heftigkeit fortgeführt. Dem Angriff des Bombengeschwaders, der die Freilassung des japanischen Offiziers Ischimoto erzwingen sollte, ist am Donnerstag ein Vorstoß japanischer Truppen von Mukden aus gefolgt. Wie es heißt, rüstet Tschang Hsue Liang von Peking aus zum Gegenschlag.

Vereiste Ansprüche.

Dänemark appelliert an den Haager Schiedsgerichtshof, von dem es sein Anrecht auf Ostgrönland gegen den norwegischen Nebenbuhler bestätigt haben will. Ein dänischer Gelehrter hat ausgegraben, daß bereits vor mehr als 100 Jahren ein dänischer Offizier die grönländischen Eisberge beschlagnahmt habe, womit die dänische Regierung — nach dem Gewohnheitsrecht kapitalistischer Staaten — sich gerechtfertigt glaubt.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Bremen: Montag, 25. Juli, 20.15 Uhr, im kleinen Saal des Bildungsvereins „Lessing“, am Geeren 8. Thema: Mobilisierung der Arbeiterwähler! Redner: Fritz Grob (Berlin).

Erfurt: Sonnabend, 23. Juli, 20 Uhr, im Volkshaus Johannesstraße. Thema: Die Aufgaben der Arbeiterschaft zu und nach der Wahl. Redner: J. Philippson, Berlin.

Hamburg-Hammerbrook:

Sonnabend, 23. Juli, 20.15 Uhr, im Volkshaus Hammerbrook, Sachsenstraße 21. Thema: Die Mobilisierung der Arbeiterwähler. Redner Fritz Grob, Berlin.

Hannover: Mittwoch, 27. Juli, 20.15 Uhr, in der Städtischen Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Thema: Gewaltstreik in Preußen! Was tun wir am 31. Juli?

Hann.-Münden: Montag, 25. Juli, 20.30 Uhr, im Volkshaus, Langestraße. Thema: Die politische Lage und die Reichstagswahl!

Köln: Freitag, 29. Juli, 20.15 Uhr, Coloniahaus, Aachener Str. 5, I. Thema: Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?

Mainz: Dienstag, 20. Juli, 20 Uhr, Gasthaus Hoerlein, Ecke Hafen- und Frauenlobstraße. Thema: Reichstagswahl und das klassenbewußte Proletariat.

München: Dienstag, den 26. Juli, 20 Uhr, im Gasthof „Goldener Stiefel“, Sendlingerstraße 67. Thema: Die Reichstagswahl und das klassenbewußte Proletariat.

Freie Aussprache! Eintritt freil!

Wirtschaftspolitische Aussprache.

Berlin: Freitag, den 22. Juli, 20 Uhr, im Konferenzzimmer des Gewerkschaftshauses, Engolufer 24 (Eingang durchs Restaurant). Thema: Welche Wirtschaftspolitik wird die Regierung Schleicher-Papen treiben? Leitung der Aussprache: Hellmut Rauschenplat. Unkostenbeitrag: 30 Pf. Für Erwerbslose frei.

Genfer Abstimmungsmanöver.

S. H. Die Aussprache über die Vertragentschließung zeigte noch einmal den energischen Protest der Minderheit gegen die neuen Diktatoren. Wirklich kraftvoll vertreten wurde freilich diese Opposition nur durch Litwinow, durch den neuen italienischen Delegierten Balbo und durch Schweden und Holland.

Litwinows geschicktem Operieren gelang es, der Präambel (der Einleitung) des Entwurfs einen Gesetzentwurf entgegenzustellen, der den Hauptausschuß genötigt hätte, noch einmal durch eine Abstimmung klarzumachen, wer sich für und wer sich gegen den Hoover-Plan entscheidet. In einer einstündigen wuchtigen Rede versuchte Litwinow, den Benesch-Entwurf in seiner völligen Haltlosigkeit zu entlarven und die Tatsache der Vertragung als das hinzustellen, was dieser Konferenz längst prophezeit worden ist, nämlich als das offene Scheitern der Genfer Verhandlungen.

Als Zweiter ergriff Balbo, der Ersatzmann des auf den Londoner Botschafterposten abgeschobenen Grandi, das Wort und erklärte, daß er an der Abstimmung nicht teilnehmen werde, da das Schlußprotokoll keinerlei positive Durchführung der Abrüstung in Aussicht stelle.

Sodann teilte Nadolny mit, daß auch die deutsche Abordnung sich der Abstimmung enthalten werde, daß er sich aber vorbehalte, vor der Schlußabstimmung den grundsätzlichen Standpunkt der deutschen Regierung zu erklären.

Bei der Abstimmung über die Präambel erwies sich Henderson geschickter als sein Gegenspieler Lit-

winow. Es gelang ihm, dem Gegenantrag von Litwinow trotz dessen energischen Protestes beiseite zu schieben und nur die Präambel zur Abstimmung zu bringen. Die Abstimmung selber ging chaotisch vor sich. Erst nach längerem Zählen stellte Henderson fest, daß 30 Stimmen für die Benesch-Präambel, 5 Stimmen gegen sie, bei 16 Stimmenthaltungen, abgegeben worden seien.

Bei der Beratung über den zweiten Teil des Protokolls trat der Schweizer Bundespräsident Motta im Namen von neun europäischen Mächten für die vollständige Abschaffung des Bombenabwurfs ein. Simon antwortete, daß eine solche Abschaffung nur bei gleichzeitiger internationaler Kontrolle der Zivilluftfahrt möglich sei. Litwinow formulierte wiederum einen Änderungsantrag, der nach der gleichen Methode von Henderson beiseite geschoben wurde. Die Abstimmung ergab 29 Stimmen für den Benesch-Text, 9 dagegen, 12 Stimmenthaltungen.

Den Abschluß der fünfständigen Aussprache bildete der Vorstoß Schweden-Hollands, die Zahl und das Kaliber der Artillerie herabzusetzen. Die hartnäckige Verteidigung ihres Antrages machte es ihnen möglich, trotz der heftigen Gegenwehr von Benesch ihren Änderungsantrag wenigstens zur Abstimmung zu bringen. Er fiel durch: 33 Nein-Stimmen standen 6 Ja-Stimmen entgegen, bei 10 Stimmenthaltungen.

Das Abstimmungstheater wird am Freitag morgen fortgesetzt.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR-PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

Wo kommen diese Heizer her? Und was kann das bedeuten?

Einer hebt sein Gesicht und blickt die steile Gefängniswand hoch. Papendieck sieht ihn seine Mütze schwenken und hört ihn dabei rufen:

„Ahoi! Hier ‚Thüringen‘!“

Papendieck vergißt jede Vorsicht. Er weiß nicht, wie er dazu kommt, und erschrickt im nächsten Moment auch schon über seine Kühnheit. Er sieht plötzlich die aufgefanzten Bajonette der Seesoldaten, die den Haufen Heizer unten eskortieren. Aber er hat schon geantwortet:

„Ahoi! Hier ‚Großer Kurfürst‘!“

Sein Erstaunen wird noch größer. Die Heizer unten wiederholen:

„Hier ‚Thüringen‘!“

„Hier ‚Helgoland‘!“

„Nieder der Scheißkrieg!“

„Hoch die 14 Punkte!“

„Es lobe Wilson!“

„Hoch die Bolschewiki!“

Und die Soldaten des Seebataillons stehen dabei mit verschlossenen Gesichtern; der Leutnant, der die Abteilung Soldaten anführt, verzehrt keine Miene und wartet geduldig, bis das Tor der Arrestanstalt aufgeht und den Haufen der verhafteten Heizer schluckt.

Papendieck braucht nicht lange zu warten. Seine Tür wird auch aufgeschlossen.

Er wird hinuntergeführt.

Der Hof ist angefüllt mit Arrestanten, die ihre Zellen räumen mußten, um den neu eingelieferten Platz zu machen. Eine Anzahl drängt sich vor die Baracke, in der ein Teil der „Thüringen“-Heizer untergebracht worden sind, und erkundigen sich durch die verschlossenen Türen hindurch nach den Ursachen der Massenverhaftungen. Und die Nachrichten, die sie aus der Baracke erhalten, sind aufregend und alarmierend und werden von Mund zu Mund weitergegeben.

„200 Mann von der ‚Thüringen‘!“

„Und 200 von der ‚Helgoland‘!“

„Die Ankerkette haben sie festgelascht!“ „In der Vor-

batterie haben sie sich verbarrikadiert!“ „Sie haben sich

Gewehre und Munition geholt, aber ein Torpedoboot sollte die

„Thüringen“ in die Luft sprengen!“ „Und auf ‚Friedrich

der Große“ haben die Heizer die Feuer unter den Kesseln

rausgerissen!“ „Die ganze Flotte ist in Aufruhr!“

Aus einem Fenster ruft ein Matrose heraus:

„Hört mal her, — alle reinkommen, unsere Papiere werden

fertig gemacht. Wir werden auf unsere Schiffe zurück

entlassen. Den Arrest brauchen wir nicht mehr abzusetzen.“

„Kameraden . . .“

Aus den Gitterstäben des Barackenfensters reckt ein

Heizer seinen Arm heraus. Nur der lange Arm ist zu sehen

und ein Stück von dem Haarschopf. Und die Stimme des

Heizers ist zu hören: „Kameraden, laßt uns nicht im Stich,

vergeßt uns nicht! Macht weiter, was wir angefangen haben!“

„Wir vergessen euch nicht!“

„Wir machen weiter!“

„Verlaßt euch drauf!“

Einer ist auf einen Sandhaufen hinaufgestiegen:

„Wir vergessen euch nicht, das versprechen wir!“

Er wendet sich an die herumstehenden Arrestanten:

„Kameraden, das versprechen wir! Wir halten alle zusammen. Für die Meuterer von der ‚Thüringen‘ — drei Hurra!“

„Hurra! Hurra! Hurra!“

Der Wachtmeister kommt auf den Hof:

„Seid ihr denn verrückt geworden? Was ist mit euch los, wollt ihr entlassen werden oder hierbleiben? Die Strafe ist euch geschenkt worden. Schert euch ins Büro, die Entlassungspapiere abholen!“

Beim Abholen der Papiere trifft Papendieck seinen Zellennachbar Rode. Zum erstenmal sieht er ihn im vollen Licht des Tages. Er ist enttäuscht, dieses Gesicht mit den hochgezwickelten Schnurrbartspitzen, — das ist klar, der hat nicht nur in der Freizeit an Bord, der hat selbst in der Arrestzelle eine Barbinde getragen, natürlich ein Kapitulant! Aber der ärgerliche Eindruck ist gleich weggewischt. Rode ist in derselben gehobenen Stimmung wie die andern.

Nachher stehen sie alle auf dem Gefängnishof:

„Zu vierein abzählen! Links schwenkt, marsch!“

Das Tor der Arrestanstalt öffnet sich. Die entlassenen

Arrestanten marschieren mit ihren Utensilienkästen unterm

Arm hinaus. Sie werden in die Kaserno der II. Matrosen-

division geführt und dort vorläufig auf Stuben verteilt.

Während des Mittagessens treten mehrere Kompanien

auf dem Kasernhof an, marschfertig mit Gewehren. Die

meisten sind Rekruten, frisch eingezogene Siebzehnjährige,

denen einige Obermatrosen als Gruppenführer zugeteilt

sind.

Rode und Papendieck, die zusammen gegessen haben und

aus dem Speisesaal zurückkommen, gehen an eine der Ab-

teilungen heran:

Papendieck fragt einen der Obermatrosen:

„Was ist denn los, wo wollt ihr denn hin?“

„Wir sollen einen Umzug durch die Stadt machen!“

„Einen Umzug, wohin denn?“

„Einen Umzug mit Musik!“

„Ach so, Stimmung machen für den Krieg?“

„Ja ich glaube, so ungefähr!“

„Vielleicht sollt ihr auch schließen?“

„Auf die Werftarbeiter zum Beispiel, die wollen streiken!“

„Das machen wir nicht!“

„Aber ihr habt so viele Rekruten bei euch!“

„Die schießen auch nicht, denen haben wir schon Bescheid gesagt!“

Rode und Papendieck warten und sehen zu, wie die Kompanien vom Hof abmarschieren, dann gehen sie in die Stuben zurück. Einige der entlassenen Arrestanten haben sich schon auf den Strohsäcken ausgestreckt, andere spielen Karten.

Den Kochsgasten Rode hat Papendieck richtig eingeschätzt. Er holt tatsächlich eine Barbinde aus seinem Utensilienkasten und bindet sie sich vor dem Hinlegen um.

Nach der Mittagspause ertönt ein Pfeifensignal.

Die Unteroffiziere vom Dienst rufen Befehle aus:

„Kompanien antreten zum Arbeitsdienst!“

Von den Arrestanten rührt sich niemand. Ein Unteroffizier reißt die Stubentür auf: „Antreten zum Arbeitsdienst, raus, Fensterputzen! Das gilt auch für die Herren Arrestanten!“

Es rührt sich niemand. (Fortsetzung folgt.)

Politischer Mord und politische Presse.

Republikanischer Amtsvorsteher ermordet.

Die verheerenden Folgen an Vergiftung, die bei Mundtotmachen eines großen Teiles der linken Presse in der nächsten Zeit werden angerichtet werden, seien hier an einem Beispiel erläutert. Es zeigt gleichzeitig, wie schwierig es ist, ohne ein Berichterstatternetz, das sich bis ins letzte Dorf erstreckt, eine objektive Berichterstattung über die politischen Morde zu leisten. Wir bitten unsere Leser und sonstige Freunde der Wahrheit dringend, uns mit schnellen Berichten über derartige Vorgänge zu helfen, wo sie Gelegenheit dazu haben.

Wir bringen hier zwei Berichte über einen Mord. Eine Stellungnahme dazu ist überflüssig.

„Am Mittwochabend wurde im Ostseebad Zingst der Amtsvorsteher Röhthur ermordet. Röhthur war zu einer kommunistischen Versammlung gegangen, um diese zu überwachen. Als er einen kommunistischen Ruhestörer zur Ruhe ermahnte, verließ er den Saal und ging in das gegenüberliegende Schützenhaus. Der Ruhestörer folgte ihm und versetzte ihm einen Messerstich in den Kopf. Röhthur war sofort tot. Der Kommunist flüchtete, wurde aber kurz darauf verhaftet. Er weigerte sich, seinen Namen anzugeben. Röhthur war als ruhiger und besonnener Mann bekannt, der niemals politisch hervorgetreten ist.“

(Telegraphen-Union.)

„Eine ungeheuerliche Mordtat hat sich am Mittwoch in dem Ostseebad Zingst auf Darß zugetragen. Der langjährige Amtsvorsteher Röhthur ist gegen 22 Uhr im Schützenhaus von einem Nationalsozialisten hinterrücks erstochen worden.“

Der Mörder, der etwa 22 bis 25 Jahre alt ist, verkaufte Hitler-Postkarten. Da er sich schon seit mehreren Tagen in Zingst aufhielt, verbat der Amtsvorsteher sich diesen Handel. Aus Wut darüber begab sich der Nationalsozialist zu dem im Schützenhaus anwesenden Amtsvorsteher, wo er die Mordtat ausführte. Darauf flüchtete er in das Zentralhotel.

Hier brüstete er sich: „Nun habt ihr keinen Amtsvorsteher mehr, aber in drei Tagen regiert Hitler, und dann werde ich begnadigt.“

Auf der Flucht konnte der Mörder dann festgenommen werden. Die Mordkommission hat sofort die Ermittlungen aufgenommen, jedoch konnte bis jetzt noch nicht die Persönlichkeit des Mörders festgestellt werden, da dieser jede Auskunft verweigert. Die ärztliche Untersuchung hat ergeben, daß der Ermordete einen Stich hinter dem Ohr erhalten hat.

Der Ermordete ist ein sehr verdienstvoller Beamter. Er war lange Jahre Gemeindevorsteher und wurde dann später zum Amtsvorsteher bestimmt. Röhthur hat sich öffentlich als Republikaner bekannt; er war Mitglied der Demokratischen Partei.“ (Eigenbericht des „Vorwärts“.)

SA-Leute ermorden Kommunisten.

Der Mord an dem Kommunisten Sterley in Teschendorf bei Oranienburg, ausgeführt am 15. Juli, ist von den Mördern zugegeben worden. Die Mörder: Haubenthal, Kosok und Ribninger, sind Mitglieder des SA-Trupps Teschendorf. Sie haben Sterley, als er zu Rad durch Teschendorf fuhr, angehalten und mit einem Knüttel und einem Ochsenziemer niedergeschlagen, sodaß er am nächsten Tage starb. Als Motiv gaben die Mörder an: Rache an den Kommunisten.

Wir werden sehen, wie ein nationalsozialistischer Mord gesühnt wird, den die Mörder selber zugeben. Die Voruntersuchung läuft nicht wegen Mordes, sondern nur wegen gemeinschaftlichen Totschlags

Kriegspsychose der deutschen Rechten

Das Ausland zu Deutschlands politischen Forderungen in Lausanne.

Der „Manchester Guardian“ faßt das Urteil vieler ausländischer Stimmen zu Deutschlands politischen Forderungen in Genf eindeutig und klar zusammen. Der bürgerliche Charakter dieser Zeitung und das Verhalten der englischen Regierung selber kann kein Anlaß sein, die Lehre, die dieses Urteil enthält, nicht aufzufassen.

Die Kriegsschuldfrage.

„Grundsätzlich sind sich alle deutschen Parteien in bezug auf den Artikel 231 (des Versailler Vertrages) einig. Die Bezeichnung „Kriegsschuldfrage“ (die in Deutschland üblich ist) mag un diplomatisch sein; sie ist auch zu stark; aber es liegt ein Stück Wahrheit dahinter. Denn kein Zungenschlag kann die Tatsache wegleugnen, daß dieser Artikel Deutschland und seine Verbündeten als die Angreifer hinstellt, während die alliierten und assoziierten Mächte behandelt werden, als wenn sie in bloßer Selbstverteidigung in den Krieg gezogen wären.“

Die deutsche Linke bedauert im allgemeinen das Dasein des Artikels und erhebt Protest gegen ihn. Aber sie ist bereit, Historikern, diplomatischen Sachverständigen und nicht-deutschen Staatsmännern die Revision dieses Verdicts anheimzugeben, das inmitten von Leidenschaften geboren wurde, die noch unter der Hitze der Kriegsstimmung standen. Sie rechnet damit, daß der Artikel in ruhigeren Zeiten offiziell aufgegeben wird.

Ganz anders verhält sich die Rechte, die in dem Artikel 231 von jeher eine unerträgliche Demütigung erblickt hat. Es ist bezeichnend, daß diejenigen, die in der Denunziation des Artikels die lautesten Schreier sind, ausgerechnet zu denen gehören, die den Krieg am meisten begrüßt haben, die ihn für ein ruhmreiches Unternehmen hielten und die heute noch in einer Verfassung leben, die den Verdacht schürt, daß sie einen neuen Krieg wünschen.

Artikel 231 wird am schärfsten von denen bekämpft, die durch ihre Politik und ihre Presse ihren vollen Anteil zum Ausbruch des Krieges beigetragen haben.

Die Streichung des Artikels 231 hat daher ein Doppelseitiges. Sie ist einerseits eine Forderung des Rechts gegenüber einem tüchtigen Volk — sie wäre andererseits eine Konzession an die militaristische deutsche Reaktion.

Die Gleichberechtigungsfrage.

Was die Ungleichheit in den Rüstungsangelegenheiten angeht, so ist die deutsche Linke stets dafür eingetreten, daß die Siegerstaaten abrüsten, aber die Deutschen nicht aufrüsten sollten.

Aber die deutsche Rechte ist keineswegs an einer allgemeinen Entwaffnung, sondern an der deutschen Bewaffnung interessiert. Dafür gibt es mehrfache Belege: Die Rechte ist eng mit den Militaristen verbunden und glaubt unerschüttert an die Unvermeidbarkeit und die sittliche Bedeutung des Krieges. (Es gibt selbstverständlich Ausnahmen, aber jene Anschau-

Röhm abgewiesen.

Hitlers Stabschef Röhm hatte vor einigen Monaten erreicht, daß vom Amtsgericht München eine einstweilige Verfügung gegen die „Münchner Post“ erlassen wurde, wonach diese die bekannten Röhm-Briefe aus der Broschüre des früheren Nationalsozialisten Klotz nicht weiter abdrucken durfte. Diese Verfügung ist jetzt von der Ersten Ferien-Zivilkammer des Landgerichts I, München, aufgehoben worden. Die Kosten des Verfahrens wurden Röhm auferlegt.

ungen sind für das Gros der Rechten kennzeichnend.)

Die Rechte träumt ferner von der Zurückeroberung der deutschen Gebiete, die polnisch geworden sind. Dazu kommt, daß die ganze gesellschaftliche Struktur des kaiserlichen Deutschland in der Armee verankert war — die Militärs waren damals die erste Kaste; gerade unter dem Gesichtspunkt, daß diese Herren wieder nach vorn kommen möchten, tritt die Rechte für die Aufrüstung Deutschlands ein. Die Reichswehr ist — außer dem gesellschaftlichen Vorrang, den das deutsche Offizierskorps besitzt — ein politischer Faktor. Selbst wenn sie nicht offen auf der Seite der deutschen Konterrevolution ist, so ist ihre Haltung mindestens zweideutig; sie würde im entscheidenden Moment jedenfalls den Anweisungen der Rechten folgen — wodurch die Rechte einen Vorsprung erhielte, der ihr sonst nicht zukäme.

Die Aufrüstung Deutschlands soll — so hofft die Rechte — ihr das endgültige Übergewicht geben. Die Aufrüstung würde zunächst die halb-militärischen Privatarmeen, den „Stahlhelm“ und die „SA“, legalisieren und vollends militarisieren. Diese Armeen würden, indem sie unter die Staatsaufsicht kämen, zugleich konsolidiert und ausgebaut werden können. Das republikanische Reichsbanner würde dagegen unter der staatlichen Kontrolle seines politischen Charakters entkleidet werden.

Es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß bei der Rechten, wenn auch nicht bei allen, so doch bei einem beträchtlichen Teil, eine allgemeine Enttäuschung vorhanden wäre, wenn die allgemeine Aufrüstung auf der Welt voranschreiten würde. Dieser Teil — hinter dem erhebliche Massen stehen — verlangt stürmisch nach Aufrüstung und nach einem neuen Krieg, der das Verdict des Weltkrieges beseitigt und in Deutschland die vorrevolutionäre Ära wiederherstellt.

Die Forderung nach Streichung des Artikels 231 des Versailler Vertrages und nach Aufhebung der einseitigen Rüstungsbeschränkung Deutschlands ist — obwohl sie grundsätzlich berechtigt ist — zur Zeit und unter dem Druck, mit der sie auftritt, nichts anderes als eine Forderung der deutschen Gegenrevolutionäre, in deren Händen der Reichskanzler Papen eine Puppe ist.“

Das neue Parteibuch wird angeschafft.

Der Rundfunkreferent im Reichsinnenministerium, Scholz, ist in die NSDAP eingetreten.

Am Sonnabend spricht ein neuer Herr im Rundfunk: Bracht; am kommenden Dienstag ein alter Herr: Schleicher.

Immer aktueller wird die Forderung an die proletarischen Rundfunkhörer:

Schaltet aus, und zwar mit euren Groschen!
Vier Millionen Rundfunkhörer haben eine finanzielle Macht!

„Revolutionen“ in Südamerika.

Hr. Fast täglich kommen kurze, meist wenig aufschlußreiche Meldungen über Aufstände und Unruhen aus südamerikanischen Staaten. In kaum einem Staat scheint alles im Lot zu sein, aber es läßt sich nur schwer und nur unvollständig ein gewisser Einblick in das gewinnen, was von den Aufständischen bekämpft, was von ihnen erstrebt wird und was bisher erreicht worden ist. Denn, so verschieden die Vorgänge in den einzelnen Staaten auch sind, in einem gleichen sie sich genau: sobald einer dieser Regierungen der Boden unter den Füßen heiß wird, sperrt sie ihr Land nach außen durch scharfe Zensurmaßnahmen ab, und im Ausland hört man fortan außer ihren eigenen spärlichen Meldungen nur einige den offiziellen Nachrichten meist widersprechende Mitteilungen der Aufständischen, die von diesen auf irgend welchen Umwegen durchgeschmuggelt worden sind.

Wir geben im folgenden einen kurzen Ueberblick über die Krisen und Kämpfe, die im Laufe der vergangenen Woche stattgefunden haben.

Die südlichen Provinzen Brasiliens waren der Schauplatz erbitterter Kämpfe. Sie haben ihren Ursprung in einem Aufstand in der Provinz Sao Paulo, der unter der Parole: „Wiederherstellung der Verfassung“ gegen die Diktatur des Präsidenten Vargas gerichtet ist.

Nach einem kurzen, kräftigen Anstieg, der den revolutionären Truppen Rückhalt in sechs der südlichen Provinzen gab und ihnen mehrere gegen sie gesandte Regimenter der Regierungstruppen als Bundesgenossen zuführte, sind die Aufständischen auf einen konzentrierten und überlegenen Widerstand der Regierung gestoßen. Die brasilianische Regierung hat aufgegeben, was ihr nur zur Verfügung stand: ein Fonds von sechs Millionen Mark dient zur Finanzierung ihrer militärischen Pläne; Verkehrsmittel zur Beförderung von Truppen, Munition und Verpflegung sind zusammengewogen, zum Teil beschlagnahmt worden; Kreuzer, Zerstörer und Bombenflugzeuge stehen in Bereitschaft. Seit dem Freitag der vorigen Woche sind heftige Kämpfe im Gang, in denen die Regierungstruppen, wie es scheint, langsam vordringen und die Aufständischen einkreisen. Verhandlungsvorschläge und ein am Dienstag von der Regierung erlassenes Ultimatum sind von den Aufständischen bisher entschieden zurückgewiesen worden. Sie fühlen sich militärisch stark genug, dem Druck ihrer Gegner noch lange Zeit standzuhalten.

In den südöstlichen Staaten hat die argentinische Revolution von 1930 ein erregtes Nachspiel gehabt. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Uruguay und Argentinien sind abgebrochen worden. Ein in Uruguay lebender, aus Argentinien ausgewiesener General, ein Anhänger der 1930 gestürzten Regierung Irigoyen, der noch im Jahre 1931 von Uruguay aus einen bewaffneten Einfall nach Argentinien organisiert hatte, war an Bord eines nach Buenos Aires fahrenden Schiffes. Die argentinische Regierung ergriff Gegenmaßnahmen: Sie ließ die Besatzung dieses Schiffes nur nach scharfer Kontrolle in Buenos Aires an Land. Uruguay antwortete mit dem Abbruch der Beziehungen. Die argentinischen Truppen standen bereits in Kriegsbereitschaft; doch scheint der Zwischenfall noch ein einigermaßen ruhiges Ende zu finden.

Im Innern Südamerikas streiten sich Bolivien und Paraguay um ein Grenzgebiet, Gran Chaco. In der vorigen Woche kam es erneut zu scharfen militärischen Zusammenstößen. Die Nationalisten Boliviens antworteten am vergangenen Dienstag mit erregten Demonstrationen in der Hauptstadt La Paz, in der sie den offenen Krieg gegen Paraguay forderten.

Die Staaten der Westküste kämpfen fast sämtlich gegen Unruhen im Innern. In Chile scheint die nationalistische und anti-kommunistische Regierung Davila, die vor wenigen Wochen nach einer kurzen Herrschaft der kommunistenfreundlichen Richtung des Obersten Grove die Früchte von dessen revolutionärem Umsturz einheimste, sich allmählich zu festigen und die Opposition der Anhänger Groves gewaltsam zu überwinden. Als erster Staat hat Peru die neue chilenische Regierung anerkannt; die Regierungen von Kuba, Uruguay und Bolivien haben sich dem jetzt angeschlossen.

Die Regierung von Peru hat mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, wie sie Davilla in seiner ersten Regierungszeit entgegenstanden: mit der Empörung kommunistischer Gruppen, die hartnäckig wieder und wieder versuchen, der Regierung zu Leibe zu gehen. Die peruanische Regierung hat sich in dieser Woche, nachdem sie wieder mit Mühe eines Aufstandes Herr geworden ist, genötigt gesehen, einen eigenen Ausschuß zur Unterdrückung von Revolutionen einzusetzen, der von dem Präsidenten Cerro offen als Waffe gegen die Kommunisten erklärt worden ist. Die erste Aufgabe des Ausschusses ist es, eine öffentliche Anleihe aufzunehmen zum Ankauf von Flugzeugen, die gegen Aufständische eingesetzt werden sollen.

Im benachbarten Ecuador sieht es vermutlich nicht viel anders aus. Auch dort war in der vergangenen Woche wieder ein Aufstand im Gang, der jedoch von der Regierung bereits niedergeschlagen worden ist. Wie in Chile ist auch hier der Aufstand von gewissen Truppenteilen ausgegangen.

Ueberblickt man so die knappen und offenbar lückenhaften Berichte über die politischen Vorgänge in den Staaten Südamerikas auch nur während einer Woche, so ergibt sich das Bild, daß bis auf wenige Ausnahmegebiete — nur die paar im Norden gelegenen Staaten tauchten in den Meldungen dieser Woche nicht auf — die Staaten Südamerikas militärisch gerüstet dastehen und darauf angewiesen sind. In den meisten Fällen gelten diese Rüstungen den Europäern aus dem eigenen Lande. Freilich sind diese Empörer in vielen Fällen Empörer aus bloßem Eigennutz: sie möchten die einträglichen Posten der Willkürherrschaft auch einmal einnehmen, damit das Geld mehr unter die Leute kommt; in diesem Fall möchte also ein Räuber dem andern die Beute abjagen. Selbstverständlich sind auch Revolutionäre, unter diesen Empörern, wie der jüngste Fall in Chile in seinem Anfang gezeigt hat.

Das Kollektiv kauft einen „Funken“.

T. Sch. Ich komme in eine armselige Milchstube, in der Bettler ihr erbetteltes Brot bei einem Becher Kaffee verzehren. Keiner hat Geld. —

„Aber, Genossen, ihr seid doch alle für die Einheitsfront der Arbeiter gegen die Nazis. Tut euch zusammen: jeder gibt einen oder zwei Pfennige, nachher lest ihr den „Funken“ einer nach dem andern!“

„Komm her, ich fange an!“

Schon drückt mir der erste einen Pfennig in die Hand.

„So, Genossen, der Anfang ist gemacht!“

Nach einander bekomme ich die Pfennige in die Hand gesteckt.

„Wieviel hast du schon?“

„Sieben.“

Er gab mir die fehlenden drei. Aber der nächste Kumpel bestand darauf, auch einen Pfennig dazuzutun.

„Aber Genosse, ich hab doch genug!“

„Das ist egal, dann hast du eben elf Pfennige für die Zeitung.“

Alle strecken die Hand aus nach der Zeitung. Einer, der nichts gegeben hat, ruft:

„Gib sie mir, ich lese daraus vor!“

Der belgische Streik im Urteil des IGB.

M. S. Zu dem schweren Arbeitskampf, in den die belgischen Bergarbeiter zur Zeit noch immer verwickelt sind im Protest gegen die Unternehmerrchaft, im Protest auch gegen den Generalrat der Gewerkschaften und der Sozialistischen Partei, die die Wiederaufnahme der Arbeit gefordert haben, nimmt auch der IGB Stellung. Er schildert, wie die verderblichen Folgen der Wirtschaftskrise zu einer bedrückenden Arbeitslosigkeit, zu einem Kampf um die Verteidigung der Lebenshaltung und der Arbeitsverhältnisse der Arbeiterschaft geführt haben. Auf einem außerordentlichen Kongreß sei von den Arbeiterorganisationen ein Rettungsplan ausgearbeitet worden, in dem der Regierung die Maßnahmen genannt worden sind, die zur Ueberwindung des Elends und der Krise führen würden.

Der IGB meldet mit Entrüstung, daß das belgische Unternehmertum „ungeachtet aller Ratschläge“ zu einem unbegrenzten Abbau der Löhne und der Arbeitslosenunterstützung geschritten sei. „Entgegen allen Bedenken der Menschlichkeit“ hätten die Schwerindustriellen einen neuen Lohnabbau angekündigt, der zusammengetroffen sei mit einer von der Regierung angemeldeten Besteuerung des Brotes.

Mit wenigen Worten schildert der Pressebericht des IGB den Ausbruch des Bergarbeiterstreiks und geht dann dazu über, die Maßnahmen der Gewerkschaftskommission und der Sozialistischen Partei zu nennen, deren energischen Aktionen es gelungen sei, über die reaktionären Absichten der Unternehmer zu triumphieren. Auch hier wie in der sozialdemokratischen Presse das Urteil, daß die Arbeiterklasse auf der ganzen Linie gesiegt habe, daß die bloße Androhung des Generalstreiks den Unternehmern klar gezeigt hätte, daß die kapitalistischen Hilfsmittel unwirksam seien. Das Prinzip der Abwehr jedes Lohnabbaus und der Arbeitslosenunterstützung sei nunmehr als gebieterische Notwendigkeit anerkannt worden. Der Bericht schließt mit der Feststellung: die Forderungen der Arbeiter zur Krisenbekämpfung treten in das Stadium der Verwirklichung!

Ein solcher Bericht einer internationalen Arbeiterorganisation sollte besser unterbleiben. Wenn der IGB das Vorgehen der belgischen Gewerkschaften, die seinem Verband angeschlossen sind, nicht öffentlich bloßstellen oder auch nur abfällig kritisieren will, so wird man das verstehen. Aber wozu die Autorität der übergeordneten Organisation aufbieten, um den Kampf der Bergarbeiter, die in ihrer Verzweiflung einen beispiellosen Abwehrkampf aus eigener Kraft entfesselt haben — wenn auch unter dem Anstoß von Kommunisten — so gut wie völlig zu übergehen und dafür das Hinterherfassen der Gewerkschaften zu feiern, das die Bewegung auf den Weg des Verhandlens und des Abschließens vorwärtiger und unzureichender Kompromisse gebracht hat?

Die Sprache des ganzen Berichts zeigt, wie sehr der reformistische Charakter der Freien Gewerkschaften als Instanzen durchsetzt, ja wie er sich trotz der international vordringenden Reaktion steigert zu einem geradezu kindischen Optimismus gegenüber Regierungserklärungen und Unternehmensversprechungen.

Die Taten der belgischen Bergarbeiter strafen die Berichte ihrer Organisationen Lügen. Der Streik geht in Belgien weiter, weil die Arbeiter dem mißtrauen, was ihre Gewerkschaftsführer ihnen raten.

Prozeß Weiß — leider nicht gegen die Ehrabschneider.

Es berührt peinlich, daß sowohl die in dem bekannten nationalsozialistischen Antrag in gemeiner Weise beschimpfte Frau Weiß als auch der Konsul Krojanker vor dem Berliner Schnellsechshöfengericht erschienen, um als Zeugen zu versichern, daß die gegen sie erhobenen Vorwürfe nicht zutreffen. Weshalb konnten sie nicht dem Angeklagten den Wahrheitsbeweis überlassen?

Angeklagt war ein Chauffeur, der die Lügen der Nazis weiterverbreitet hatte. Der Chauffeur entschuldigte sich vor Gericht, nachdem Frau Weiß und Krojanker ihre Aussagen gemacht hatten. Dann zog Dr. Weiß seinen Strafantrag zurück und das Gericht stellte das Verfahren ein. Und Weiß als Anzeigergestatter hatte so obendrein die Kosten des Verfahrens zu tragen!

Daß Weiß nicht auf eine Verurteilung des Chauffeurs besteht, spricht für ihn — der ist wahrscheinlich ein vernetzter Dummkopf. Weshalb aber geht Weiß nicht mit allen Mitteln gegen Freisler vor, der den Antrag im Landtag, wie sich herausgestellt hat, ohne Wissen seiner Fraktionskollegen eingebracht und damit bewiesen hat, daß er neulich zu Recht behauptete, die meisten Anwälte hätten einen anderen Begriff von Ehre als er. Wahrscheinlich ist er sogar ein Sonderexemplar von Anwalt. In bezug auf Ehre gewiß! Eine Mehrheit für die Aufhebung der Immunität dieses Herrn würde sich im Landtag voraussichtlich noch finden.

Die übrigen „Einbringer“ des Antrags: Kube, Lohse und Hinkler, haben sich entschuldigt — auch das ist noch kein Grund, auf eine gegen sie gerichtete Strafverfolgung zu verzichten.

Die Republikaner sind immer noch viel zu milde.

Strafanträge im Luther-Attentatprozeß.

Im Prozeß gegen die Luther-Attentäter beantragte Oberstaatsanwalt Sturm gegen den früheren Rechtsanwalt Dr. Max Roosen wegen gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Vergehen gegen das Schußwaffengesetz und Vergehen gegen die Notverordnung drei Jahre Gefängnis. Gegen den Volkswirt Werner Kertschner beantragte der Oberstaatsanwalt eine Strafe von zwei Jahren drei Monaten Gefängnis. Außerdem wurde vom Oberstaatsanwalt die Wiederinhaftnahme der beiden Angeklagten und die Aufrechterhaltung der Haftbefehle beantragt.

Der Staatsgerichtshof wird sich am Sonnabend bei der Verhandlung der Klage der ehemaligen preussischen Minister gegen die Maßnahmen der Reichsregierung in Preußen wie folgt zusammensetzen: Reichsgerichtspräsident Bumke, die Reichsgerichtsräte Triebel, Schmidt und Dr. Schwalbe und die Oberverwaltungsgerichtsräte Dr. von Müller-Berlin, Dr. Gumbel-München und Dr. Striegler in Dresden.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Behne, Berlin. Anzeigen- u. Verlagsred.: Berlin, Verlags-Internationale Verlagsgesellschaft GmbH, Berlin S 14, Mühlstr. 8. Tel.: P 7 Jansowitz 5909. Druck: A. Jansowitz, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Die Gewerkschaften haben das Wort:

An die Arbeiter, Angestellten und Beamten Berlins!

Ungeheure berechtigte Empörung hat sich der Leitungen und der Mitgliedschaft aller Berliner freien Gewerkschaften bemächtigt, als die vorfassungsmäßige republikanische Preußenregierung von der Papen-Regierung abgesetzt und hohe Funktionäre im Lande und im Berliner Polizeipräsidium gewaltsam aus ihren Aemtern entfernt wurden. Die ständigen Hinweise der Gewerkschaften, daß die Politik der letzten Woche auf Belagerungszustand, Gesetzesverletzung und Versuche zur Wahlverhinderung hinsteuert, haben gestern eine erschreckende Bestätigung gefunden.

Die Situation ist gespannt bis zum äußersten. Provokateure sind am Werk! Sie schwätzen von Generalstreik und Aktionen, ohne die Massen hinter sich zu haben. Sie wollen damit den schlimmsten Mächten der Reaktion Vorwand zum brutalen Vorgehen gegen die Arbeiterbewegung geben und die Arbeiterschaft in ein Blutbad hineintreiben.

Die Reichstagswahlen am 31. Juli müssen unter allen Umständen durchgeführt werden! Sie müssen die Niederlage der Papen-Regierung und des Nationalsozialismus bringen.

Deshalb folgt nicht den Provokateuren, sondern folgt der Führung eurer Gewerkschaften. Die alten gewerkschaftlichen Kampfmittel sind brauchbar im richtigen Augenblick. Hört nur auf uns!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Berlin. Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Berlin. Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Bezirksausschuß Berlin.

Für Besonnenheit sind auch wir — nur halten wir es nicht für nützlich im Interesse der einheitlichen Aktion der Arbeiterschaft, alle, die wünschen, daß der Reaktion einmal ein deutliches und scharfes Hintertreffen entgegenkommt, gleich als Schwätzer und Provokateure zu denunzieren. Den Generalstreik haben viele Genossen erwartet, auch ohne daß sie von Provokateuren darauf hingewiesen worden wären. Diese Genossen wissen nämlich, daß die Reichstagswahlen nicht mit Sicherheit Herrn Papen wegbringen werden. Daß er mit Stimmen in der Minderheit bleibt, halten wir für ziem-

lich sicher — aber er ist ja aus Ruder gekommen, ohne daß ihn — außer Hindenburg — einer gewählt hat. Und eine Aenderung heute noch bestehender einengender Vorschriften fällt doch Papen nicht schwer.

Wenn man aber damit rechnet, daß wir Herrn Papen nicht los werden, auch wenn er keine Mehrheit findet, dann muß man wissen, was dann los sein wird. Und das ist die Sorge vieler Genossen. Nur die Vortröstung auf den Wahltag und der Hinweis auf die brillante Stimmung in der Arbeiterschaft genügen nicht. Wir sind auch dafür, ruhig zu wählen am 31. Juli. Aber wir fordern die Gewerkschaften auf, sich auf dieser Möglichkeit nicht auszuruhen. Was die Nazis und ihre Regierungsmänner vorhaben, geht aus den Richtlinien hervor, die wir heute veröffentlichen. Die Gewerkschaften sollen danach erledigt werden. Einen solchen Ausgang können wir nur verhindern, wenn wir uns auf den Kampf mit allen Mitteln rüsten; denn die Hitler-Leute verzichten ihrerseits auf kein Mittel. Dazu ist — wie der am 21. Juli in Berlin versammelte Bundesausschuß des ADGB sehr richtig erklärt hat — eine Stärkung der Gewerkschaften dringend nötig. Aber schon für die Stärkung der Gewerkschaften würde es einen erheblichen Schritt vorwärts bedeuten, wenn durch den Beweis der Kampfesfreudigkeit — wenigstens der Kampfesentschlossenheit — der Gewerkschaften diese zeigten, daß es eine Aussicht gibt aus dem ständigen Dilemma der kapitalistischen Ordnung. Nichts zerstört so alle Disziplin und Schlagkraft, als angesichts eines so offensichtlich ultra-reaktionären Schachzuges der Feinde der Arbeiterschaft nicht zuschlagen zu dürfen oder nur auf Mittel verträstet zu werden, deren Unzulänglichkeit heute auch dem Simpelsten eingegangen ist.

Der 31. Juli ist gewiß ein „Markstein der Geschichte“. Aber hoffentlich nicht für die beginnende Erledigung der deutschen und mit ihr der übrigen Arbeiterbewegung. Dies letzte zu verhindern, ist Sinn und Zweck der Aufforderung an den ADGB: Nutzt die kurze noch zur Verfügung stehende Zeit! Sammelt die Arbeiterschaft, mobilisiert sie durch Aktionen, die eindeutig und einfach nur dem Ziel dienen: Nieder mit dem Faschismus!

Verschärfte Waffenbestimmungen!

Der Inhaber der vollziehenden Gewalt in Berlin hat auf Grund der Notverordnung vom 20. Juli 1932 folgendes verordnet:

1. Wer hinreichend verdächtig ist, eine strafbare Handlung mittels einer Waffe begangen oder eine Waffe unbefugt geführt zu haben oder wer gemeinsam mit anderen an öffentlichen Orten bewaffnet erschienen ist, wird — unbeschadet der strafrechtlichen Verfolgung — in Haft genommen.
2. Wer bei einer Waffendurchsuchung gegenüber der bewaffneten Macht oder der Polizei auf Fragen den Besitz von Waffen oder Munition oder andere ihm bekannte Bestände an Waffen oder Munition verheimlicht, wird — unbeschadet der strafrechtlichen Verfolgung — in Haft genommen.
3. Die Haftanordnung unterliegt keiner Anfechtung.
4. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

Das Zentrum protestiert.

Der geschäftsführende Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Abgeordneter Joos, erließ gestern nachstehende Erklärung: „Die unerhörten Vorgänge des gestrigen und heutigen Tages in Preußen haben in der gesamten Deutschen Zeit-

trumpartei stärkstes Befremden und tiefsten Unwillen hervorgerufen. Anhänger und Freunde der Partei wissen sich eins in der schärfsten Ablehnung von Maßnahmen der Reichsregierung, die nach unserer Ueberzeugung mit der Verfassung nicht zu vereinbaren sind.“

Ihrem Wesen als Verfassungspartei getreu, legt die Deutsche Zentrumspartei feierlichst Verwahrung dagegen ein, daß der Artikel 48 der Deutschen Reichsverfassung nicht zur Rettung des Volkes aus äußerster Not, sondern zur Durchsetzung einseitiger Parteiwünsche benützt wird. Wesensbestandteile dieser Verfassung sind in diesen Tagen verletzt und Rechte der Länder unter Drohung mit Waffengewalt beeinträchtigt worden.

Vorstand und Fraktion der Preussischen Zentrumspartei, sowie der geschäftsführende Reichsparteivorstand sind unverzüglich einberufen. Ihre klare, abweisende Stellungnahme wird folgen.

Die Reichsparteileitung hat mit Bedauern von der Haltung des Reichs-Oberpräsidenten Dr. Brüning Kenntnis genommen. Herr Dr. Brüning hat vor wenigen Monaten noch Wert darauf gelegt, erklären zu lassen, daß er „dem Zentrum nahe“ stehe. Sein tatsächliches Verhalten steht hierzu in einem unlöslichen Widerspruch.“

Auf Grund der Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst vom 16. Juli 1932 hat der Reichsarbeitsminister die Präsidenten der Landesarbeitsämter zu Bezirkskommissaren für den freiwilligen Arbeitsdienst im Bereich ihres Amtsbezirks ernannt.

MAGDEBURG

Naturreiner, echter **Bienenhonig**

10 Pfd.-Eimer nur RM 10,75
5 Pfd.-Eimer nur RM 5,50

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104.

Erstklassige Maßarbeit
Herren-Anzüge • Damen-Mäntel
Mäntel • Kostüme
// Tadellos bis //

Schönheit
Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. L.
Stoffmuster vorrätig.

BÜROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN
Hamburg, Barockstraße 8.
Telefon: 24 11 47

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A1 Jager 2987.

Ab 22. Juli: Der Russenfilm:

Iwan der Schreckliche

Leo Lania und Pjot Jutzi;
UMS TAGLICHE BROJ

F o k 16nende Wochenschau.

Anfangszeiten: 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funk“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Wert Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einträgen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Sprechapparate Koffer/Schatteln/Schränke

Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!

Otto Pfothauer, Weimar, Röhrstr. 40.

Papen errichtet

mit Hilfe der Reichswehr in Preußen die Diktatur; die Gewerkschaften und die SPD verträsteten die Arbeiterschaft auf die Reichstagswahl!

Diese Ereignisse zwingen jeden Klassenbewußten Arbeiter erneut, zu den Fragen der Demokratischen Stellung zu nehmen.

Die grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Demokratie und den bedeutendsten Demokraten, vom Standpunkt des Sozialismus aus, ist enthalten in dem Buch:

Demokratie und Führerschaft.

Von Leonard Nelson.

8. Auflage, 1932. 178 Seiten.

Brochürent 2,40 Mark. Ganzleinen 3,40 Mark.

Verlag „Öffentliches Leben“

Berlin S 14, Inselstr. 8a. Postscheck: Berlin 51843

Der Protest der deutschen Länder.

Held schlägt nach allen Seiten.

Der bayerische Ministerpräsident Held führte am Donnerstagabend in einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei in Nürnberg unter anderem folgendes aus:

Obwohl er seinerzeit in Berlin seine Ansicht von der rechtlichen Unzulässigkeit der Einsetzung von Reichskommissaren in den Ländern kundgetan habe, insbesondere wegen bestehender Fehlbeträge in den Länderhaushalten, und obwohl er klar zu erkennen gegeben habe, daß

es für einen Reichskommissar völlig unmöglich sei, die bayerische Grenze zu überschreiten, ohne in ganz Bayern auf erheblichen Widerstand zu stoßen.

habe die Regierung von Papen mit der Einsetzung des Reichskommissars in Preußen diesen verhängnisvollen Weg beschritten, der — ohne Anhörung der Länder und ohne vorherige Unterrichtung unternommen — auf gewisse diktatorische Maximen schließen lasse.

Die bayerische Regierung wolle sich mit dieser Einstellung und mit dem Schritt beim Staatsgerichtshof keineswegs vor die preußische Regierung stellen. Dazu bestehe nicht die geringste Veranlassung.

Es handle sich einzig und allein um die grundsätzliche Wahrung der Länderrechte und um die Gefahr eines solchen Schrittes, der in der Reichsverfassung seiner Meinung nach keine Stütze finde. Wenn diese Maßnahmen der Regierung von Papen nicht bald wieder abgebaut würden, werde dieser Zustand zu einer irreparablen Katastrophe in Reich und Ländern führen. Die Begründung der Reichsregierung sei für ihn nicht in allen Punkten stichhaltig, denn wenn auch die Kommunisten so behandelt worden wären, wie sie es verdienten,

so dürfe man doch nicht an den anderen unruhigstellenden Gruppen und Parteien vorübergehen und insbesondere auch nicht an der Tatsache, daß

die preußische Regierung und die preußische Sozialdemokratie schon seit Jahren im schärfsten Kampf gegen den Kommunismus gestanden habe.

Die Bayerische Volksparteikorrespondenz schreibt:

Es sei ganz offenkundig, daß die Reichsregierung die Gelegenheit des schweren parteipolitischen Gegensatzes zur preußischen Regierung und die sich daraus ergebenden Reibungen dazu benutzen wollte, um die sogenannte Preußen-Frage in ihrem Sinne in einen Fluß zu bringen, der nicht mehr zum Stillstand kommen soll, bis aus dem Reichskommissariat in Preußen die Personalunion zwischen der preußischen Regierung und der Reichsregierung erreicht sei. Derart weittragende, die Struktur des ganzen Reiches verändernde und alle deutschen Länder berührende Maßnahmen zur Einleitung einer grundstürzenden Verfassungsänderung könnten aber keineswegs auf Grund des Notverordnungsrechts vorgenommen werden.

Wolle die Reichsregierung auf dieses Ziel hinaus, dann befinde sie sich mitten auf dem Weg des Verfassungsbruches.

Aus diesen Ausführungen, besonders aus denen von Held, geht hervor, daß der Widerstand der bayerischen Katholiken gegen Papen und Schleicher nur der Sorge um die bayerische Unabhängigkeit vom preußischen Kommando entstammt. Es handelt sich hier also nicht um republikanische oder gar noch radikalere Interessen.

Auch Baden klagt beim Staatsgerichtshof.

Das badische Staatsministerium hat am 21. Juli an den Präsidenten des Staatsgerichtshofes in Leipzig nachstehendes Telegramm gerichtet:

Das Land Baden, vertreten durch das badische Staatsministerium, erhebt gemäß Artikel 19 der Reichsverfassung Klage gegen die Reichsregierung, unbeschadet ihres grundsätzlichen Rechts zur Einsetzung eines Reichskommissars in den Ländern auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung nicht befugt ist: 1. Landesminister ihrer Ministerieigenschaft endgültig zu entkleiden, und zwar weder dauernd, noch vorübergehend, 2. Landesminister zu ernennen, 3. einen Reichskommissar zum Mitglied der Landesregierung zu ernennen, 4. das Recht zur Instruktion der Reichsratsbevollmächtigten nach Artikel 63 der Reichsverfassung dem Reichskommissar zu übertragen oder sogar den Reichskommissar selbst zum Reichsratsbevollmächtigten zu ernennen oder ihm die Ernennung von Reichsratsbevollmächtigten zu übertragen oder aber den Länderregierungen das Recht zur Instruktion der Reichsratsbevollmächtigten zu entziehen, 5. Landesbeamte mit finanzieller Wirkung für das Land zu ernennen.

Die Begründung lautet: Die vorgedachten Maßnahmen sind nach Auffassung der badischen Staatsregierung nicht „nötig“ im Sinne des Artikels 48 der Reichsverfassung. Sie sind jedenfalls nicht dauernd nötig und sie widersprechen dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches.

An den Reichskanzler ist ein gleichlautendes Telegramm abgegangen.

Die württembergische Regierung

hat ihre Stellung zu den Vorgängen von 20. Juli schriftlich dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler mitgeteilt. Die Briefe werden veröffentlicht werden, nachdem sie in der Hand der Adressaten sind.

Der württembergische Staatspräsident Bolz äußerte in einer Zentrumsversammlung in Eßlingen am Donnerstag: Was sich in Berlin ereignet habe, hätten die Nationalsozialisten seit langem in ihrer Presse täglich gefordert. Die Reichsregierung war lange in Geburtwehen mit der gestrigen Notverordnung, aber sie gehöre offenbar zu den stillen Abmachungen mit Hitler. Die rechtlichen Gründe der Absetzung der preußischen Regierung seien gesucht, um dem Volk klar zu machen, daß um des Friedens willen eine ganze Regierung abgesetzt werden müsse. Formell stütze man sich auf die Verfassung. So werde es Hitler nachher auch machen.

Jetzt müsse das Bürgertum erwachen.

Die hessische Regierung,

die noch einen sozialdemokratischen Staatspräsidenten (Adelung) an der Spitze und einen sozialdemokratischen Innenminister (Louschner) hat, hat bisher keine offiziellen Schritte des Protestes unternommen.

Reichskanzler von Papen hat die Ministerpräsidenten der deutschen Länder auf Samstag, den 23. Juli, zu einer Besprechung in das Württembergische Staatsministerium nach Stuttgart eingeladen.

Außerhalb Deutschlands.

Das Europa der bürgerlichen Regierungen bewahrt nach wie vor den preußisch-deutschen Ereignissen gegenüber eine gelassene Haltung, die zum Teil sogar in offene Zustimmung übergeht.

Dies ist vor allem bei Reuter der Fall, der der englischen Presse zur Hand geht. Beruhigt teilt die Agentur mit, daß Papen alle Trümpe in der Hand habe. Es sei vollkommen sicher, daß in nächster Zeit keine Revolte gegen die Papen-Regierung aufkommen werde, denn nach einem alten Sprichwort gebe es keine Revolution in Deutschland, solange sie verboten sei, und das werde der Fall sein.

Die Pariser Presse steht noch beim Sammeln der Nachrichten. Eine eigene Stellungnahme der großen Blätter steht noch aus.

Der Berliner Sonderberichterstatter des „Journal“ hatte eine Unterredung mit Grzesinski, der die Haltung der Preußen-Regierung verteidigte. Ueber den Ausgang der Wahlen äußerte sich Grzesinski ziemlich optimistisch. Im besten Fall würde die äußerste Rechte ihre bisherige Stellung behaupten. Auf den Einwand des Berichterstatters, daß die Linke doch einen ziemlich niedergeschlagenen Eindruck mache, erwiderte der Polizeipräsident, daß diese Niedergeschlagenheit in Wirklichkeit nicht bestehe. Am Mittwochabend hätte es nur eines Zeichens bedurft, um Tausende von Menschen gegen die Reichsregierung auf den Plan zu rufen. Der Direktionsausschuß habe es aber vorgezogen, die Gemüter zu beruhigen, um der Regierung keinen Anlaß zu geben, neue Maßnahmen zu ergreifen.

Die Polnische Presse schlägt keine Kriegsfanfaren an. Die „Gazeta Polska“, das Regierungsblatt, kennzeichnet die Reaktion als einen Block, in der ein mystisch-religiöser Glaube an eine geschichtliche Mission Germaniens auf der Welt — diese typisch germanische Krankheit: Wille zur Macht — die Gemüter beherrsche. Zur Zeit sei noch alles im Fluß.

Die Italienische Presse steht selbstverständlich auf der Seite der neuen Machthaber.

Maukörbe werden angelegt.

Streikpropaganda verboten.

Der Militärbefehlshaber für Groß-Berlin und Provinz Brandenburg erließ am 21. Juli folgende Verordnung:

1. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932

verbiete ich jegliche Art der Aufforderung zum Generalstreik

durch Wort oder Schrift einschließlich der Herstellung und Verbreitung von Druckschriften, die derartige Aufforderungen enthalten.

2. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 3 der obigen Verordnung des Reichspräsidenten bestraft.

3. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Der erwähnte Paragraph 3 bedroht Zuwiderhandlungen gegen die Anordnungen des Militärbefehlshabers mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bis zu 15 000 Mark; wenn Menschenleben dadurch gefährdet werden, mit Zuchthaus; wenn der Tod eines Menschen dadurch verursacht wurde, mit dem Tode.

Zur Befriedung des Wahlkampfes.

General Rundstedt hat die von der KPD für Donnerstag in Berlin einberufene Versammlung der „Betriebsräte ohne Unterschied der Organisation“ verboten.

Etwa 150 kommunistische Flugblattverteiler wurden in Berlin verhaftet. Die Flugblätter enthielten die Aufforderung zum Massenstreik.

Die bisherige Druckerei der „Roten Fahne“ war polizeilich geschlossen worden. Das vom Freitag ab in einer anderen Druckerei geplante Weitererscheinen ist verhindert worden durch ein Verbot der „Roten Fahne“ für fünf Tage. Gründe sind nicht bekannt.

Abbau der Republikaner.

Unter Berufung auf eine Verordnung vom 26. Februar 1919 wurden unter Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes folgende preußischen Verwaltungsbeamten in den Ruhestand versetzt:

der Staatssekretär im Ministerium des Innern, Dr. A begg (Staatspartei);

der Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, Dr. Badt;

der Staatssekretär im Ministerium für Handel und Gewerbe, Dr. Staudinger;

der Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Krüger (SPD);

die Oberpräsidenten:

a) der Provinz Niederschlesien, Lüdemann (SPD);

b) der Provinz Sachsen, Dr. Falck (Staatspartei);

c) der Provinz Schleswig-Holstein, Kürbis (SPD);

d) der Provinz Hessen-Nassau, Haas (SPD);

die Regierungspräsidenten:

a) Dr. Fitzner in Frankfurt a. d. O.;

b) Simons in Liegnitz (SPD);

c) Weber in Magdeburg (SPD);

d) von Harnack in Merseburg (SPD);

e) Dr. Herbst in Lüneburg;

f) Dr. Amelunxen in Münster/W. (ein Schüler des Katholiken Karl Sonnenschein);

die Polizeipräsidenten:

a) Titze in Königsberg/Pr.;

b) Dietrich in Kiel;

c) Bauknecht in Köln (SPD);

d) Frängel in Elbing;

e) Schöbel in Hagen/W.;

f) Hohenstein in Kassel (SPD);

g) Ossowski in Oppeln;

h) Eggerstedt in Altona (SPD);

die Polizeidirektoren:

a) Polizeipräsident Mai in Wilhelmshaven;

b) Dr. Thiemann in Schneidemühl.

Soweit eine Neubesetzung der freigewordenen Stellen erfolgt, wird dabei vorzugsweise auf Wartestandsbeamte zurückgegriffen werden.

Die Staatssekretäre Lammers (Zentrum) im preußischen Kultusministerium und Hölcher (Zentrum) im preußischen Justizministerium haben sich zur Zusammenarbeit mit den neuen Machthabern bereit erklärt und bleiben im Amt.

Der Leiter der Pressestelle des preußischen Staatsministeriums, Ministerialrat Hirschfeld, ist von seinen Dienstgeschäften entbunden worden. Die politischen Mitteilungen der preußischen Regierung werden einstweilen von der Presseabteilung der Reichsregierung ausgegeben.

Die Naziregierung von Mecklenburg-Schwerin hat die kommunistische Rostocker „Volkswacht“ für zwei Wochen; also für den Rest des Wahlkampfes verboten. Die Berichtserstattung über Altona hatte den Nazis nicht gepaßt.

Selbst das links-bürgerliche „8-Uhr-Abendblatt“ ist vom General Rundstedt für vier Tage verboten worden. Grund: es hatte eine Zeichnung gebracht, die Herrn und Frau von Papen beim Frühstück darstellte und Frau von Papen die Frage in den Mund legte, ob heute wieder eine Notverordnung herauskäme. — Zur Bildung eines Menschen gehört auch Humor!

Die Polizei soll „rechtzeitig“ schießen.

Der Militärbefehlshaber für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg, Generalleutnant von Rundstedt, hat am 21. Juli an den Polizeipräsidenten in Berlin, das Kommando der Berliner Schutzpolizei und an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin folgenden Erlaß gerichtet:

„Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und Brandenburg bestimme ich:

Die Polizei hat, soweit Waffengebrauch erforderlich ist, im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen energisch und schnellstens von der durch die Lage gebotenen Art der Waffe Gebrauch zu machen, um den erforderlichen Zweck zu erreichen. Nur dadurch wird die Wahrung der Staatsautorität sichergestellt und eine nicht zu verantwortende Gefährdung für Beamte und Unbeteiligte vermieden.

Niemals kann ein Beamter eine Entschuldigung für die Nichterfüllung seiner Pflicht oder die Nichtdurchsetzung eines Antrages zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung finden, wenn er sich zur Erreichung eines bestimmten Zweckes gesetzlich bestimmten Gebrauch von seinen Waffen nicht rechtzeitig und nicht vollständig gemacht hat.“

Strafantrag gegen Grzesinski, Weiß und Heimannsberg.

Der Militärbefehlshaber für Berlin und Brandenburg, General von Rundstedt, hat an den Generalstaatsanwalt beim Landgericht I Berlin folgendes Schreiben gerichtet:

„Der bisherige Polizeipräsident Grzesinski, der bisherige Vizepräsident Weiß und der bisherige Kommandeur der Schutzpolizei, Heimannsberg, in Berlin haben der von mir als Inhaber der vollziehenden Gewalt an sie gerichteten Aufforderungen, sich jeder weiteren dienstlichen Tätigkeit zu enthalten, keine Folge geleistet und dadurch gegen § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg verstoßen.

Ich ersuche, gegen die Genannten strafrechtlich einzuschreiten und mir von dem Ausgang des Verfahrens Kenntnis zu geben.

Die Tatsache, daß sie nach erfolgter Verhaftung meiner Aufforderung nachgekommen sind, ändert daran, daß sie sich strafbar gemacht haben, nichts.“

Heimannsberg wieder verhaftet.

Am Freitag morgen wurden der abgesetzte Polizeikommandeur Heimannsberg, Polizeimajor Encke und der Reichsbannermann Carlberg verhaftet. Angeblich stehen sie im Verdacht der Zuwiderhandlung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli. Worauf sich der Verdacht stützt, wird nicht angegeben.

Die Abgangskomödie.

Der „Widerstand“, den die abtretenden preußischen Minister den angreifenden Machthabern entgegengesetzt haben, wurde von diesen mit Hohn aufgenommen: sie ließen sich auf die Komödie ein und sorgten dafür, daß sie als Komödie gespielt wurde.

Bracht hat am Donnerstag nach der Entfernung Brauns und Severings an die übrigen preußischen Minister, die ihre Ämter noch nicht übergeben hatten, die Frage gerichtet, „durch welches Mittel der Gewalt sie ihrer Ämter enthoben zu werden wünschen“. Die Minister Schmidt, Grimme, Klepper, Schreiber, Steiger und Hirtsiefer haben dann jener Komödie einen Rücktritt ohne Demonstration der „Gewalt“ vorgezogen.

Auf zu neuen Taten.

Das Reichskabinett „betrachtet die unternommene Aktion für sich als erledigt“ und wendet sich anderen Sorgen zu. In der kommenden Woche soll ein großes Wirtschaftsprogramm (Arbeitsdienst, Siedlung, Lohnpolitik, vielleicht Krumpersystem) veröffentlicht werden.

Die für Donnerstag angesetzten Sitzungen des Reichsrats und seiner Ausschüsse sind abgesagt worden.

Frankreich: Weniger Arbeitslose, mehr Unterstützte.

Anfang Februar 1932 haben wir die Zahl der Erwerbslosen in Frankreich an dieser Stelle auf fast 2 000 000 geschätzt („Funke“ Nr. 40). Welche Veränderungen sind seitdem in der Lage auf dem Arbeitsmarkt in Frankreich eingetreten?

Es ist eine saisonmäßige Belebung eingetreten. Aus den Berichten der Arbeitsvermittlungstellen ersieht man, daß in manchen Industrien, z. B. dem Baugewerbe und allen Gewerben, die mit der Fremdenindustrie zusammenhängen, die Nachfrage nach Arbeitskräften wesentlich gestiegen ist. Die Arbeitsvermittlungsstelle in Paris meldete Anfang Juli sogar, daß in einigen, allerdings unwichtigen Erwerbszweigen die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht vollauf befriedigt werden konnte.

Dagegen ist die Produktion in den Exportindustrien weiter zurückgegangen:

Während der ersten sechs Monate des Jahres 1932 war die Ausfuhr von Fertigfabrikaten mengenmäßig um ein gutes Drittel geringer als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Dieser Rückgang in der Produktion für den Export hat seine Rückwirkungen auf die Schlüsselindustrien gehabt, deren Erzeugung ebenfalls gefallen ist. Nach den neuesten Statistiken ist zum Beispiel die Erzeugung von Rohstahl in Frankreich im ersten Vierteljahr 1932 um 42,5 Prozent niedriger gewesen als im Durchschnitt des Jahres 1929.

Dies sind offenbar zwei einander entgegenwirkende Umstände. Welcher von ihnen hat, nach den Arbeitslosenzahlen zu urteilen, das Übergewicht?

Angaben der Fabrikinspektoren.

Der Entscheidung dieser Frage stehen die gleichen Schwierigkeiten gegenüber wie der Schätzung der Erwerbslosenzahl in Frankreich überhaupt. Da es keine allumfassende Erwerbslosenstatistik gibt, ist man angewiesen auf Schlüsse aus den Angaben der Fabrikinspektoren über die Belegschaften von Großbetrieben und aus den Ziffern der auf den Arbeitsämtern eingeschriebenen Erwerbslosen.

Die Belegschaften der Betriebe mit mehr als 100 Arbeitern waren Mitte des Jahres 1932 etwas höher als zu Beginn des Frühjahrs. Gegenüber dem Jahre 1930, in dem die Beschäftigung einigermaßen stabil war, betrug der Rückgang der Belegschaften im Januar 1932 etwa 16,5 Prozent, im April 20 Prozent, im Juni nicht ganz 19 Prozent. Bis zum April überzog die Wirkung des Rückganges der Exportindustrien, von dann an spielte die saisonmäßige Belebung eine etwas größere Rolle als der Rückgang.

Dem Rückgang der Belegschaften entspricht nun aber nicht der Zuwachs der Erwerbslosigkeit. Denn unter den erwerbslos gewordenen Arbeitern befanden sich sehr viele Nicht-Franzosen, die seitdem in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Die Zahl der ausländischen Arbeiter, die in den ersten sechs Monaten des Jahres 1932 Frankreich verlassen haben, beträgt mindestens 40 000, nach den amtlichen Statistiken zu urteilen. Also auch hier eine Ursache für einen leichten Rückgang der Erwerbslosenzahl in Frankreich.

Statistik der eingeschriebenen Erwerbslosen.

Was ergibt die Untersuchung der Veränderungen in der Zahl der bei den Arbeits- und Wohlfahrtsämtern eingeschriebenen Erwerbslosen? Diese Zahl betrug am 1. Januar 1932 etwa 162 000, stieg bis zum 15. März auf 305 000 und fiel dann langsam. Am 2. Juli 1932 betrug sie 263 000. Diese Veränderungen können auf einer Reihe von Umständen beruhen, die wir hier betrachten müssen.

In der Richtung auf eine Zunahme der Zahl der eingeschriebenen Erwerbslosen wirken: 1. Eine tatsächliche Zunahme der Erwerbslosigkeit. 2. Eine weniger scharfe Handhabung der Bestimmungen, an die die Zahlung von Unterstützung geknüpft ist, von Seiten der Beamten der Arbeitsämter. 3. Eine fortschreitende Ueberwindung der Scheu der Arbeitslosen, öffentliche Mittel in Anspruch zu nehmen. 4. Das Aufbrauchen der Ersparnisse der Erwerbslosen, die bisher die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel nicht für notwendig gehalten haben.

Umgekehrt wirken in der Richtung auf einen Rückgang der Zahl der eingeschriebenen Erwerbslosen: 1. Eine tatsächliche Abnahme der Erwerbslosigkeit. 2. Schärfere Handhabung der Bestimmungen. 3. Größere Scheu der Erwerbslosen nach mehr als 180 Tagen Arbeitslosigkeit, sich an die Wohlfahrtsämter zu wenden, an die sie bisher nach Ablauf der genannten Periode überwiesen wurden.

Von diesen Faktoren haben alle zu einer oder anderen Zeit in verschiedenen Teilen Frankreichs eine Rolle gespielt. Insbesondere hat sich während dieses Jahres ein immer größerer Prozentsatz der Erwerbslosen dazu entschlossen, sich auf den Arbeitsämtern eintragen zu lassen, teils weil diese Einrichtungen sich in Frankreich mehr und mehr eingebürgert haben, teils weil die Arbeitslosen ihre Ersparnisse aufgezehrt haben. Trotzdem ist die Zahl der eingeschriebenen Erwerbslosen seit dem Höhepunkt im März um nahezu 50 000 zurückgegangen. Dadurch wird bestätigt, daß die Erwerbslosigkeit in Frankreich tatsächlich zurückgegangen ist. Die Belebung überwiegt also im Augenblick gegenüber dem Absterben.

Die Zahl der eingeschriebenen Erwerbslosen ist gegenüber dem Höhepunkt um etwa 14 Prozent zurückgegangen. Nach dem Gesagten wird die Abnahme der Erwerbslosigkeit in Frankreich prozentual mindestens ebenso groß sein. Nehmen wir als Ausgangszahl unsere frühere Angabe von fast 2 000 000 Erwerbslosen im Februar 1932, so erhalten wir einen

Rückgang der Erwerbslosenzahl in Frankreich seit dem Höhepunkt um nahezu 250 000.

Das ist noch nicht erheblich. Ob diese Belebung zu einer dauernden Ankurbelung der Wirtschaft wird, läßt sich erst entscheiden, wenn die saisonmäßigen Einflüsse verschwunden sind. Auch hängt natürlich viel von der weiteren Entwicklung der Ausfuhrmöglichkeiten Frankreichs ab. Es bleibt

also abzuwarten, ob die leichte Steigerung der Ausfuhr, die für den Monat Juni 1932 zu verzeichnen ist, andauert.

Aufbau der Sozialpolitik in Frankreich.

Die Zahl der eingetragenen Erwerbslosen zeigte am 9. Juli 1932 zum ersten Male seit dem März eine leichte Zunahme. Es läge nahe, daraus zu schließen, daß die Erwerbslosigkeit in Frankreich zugenommen hat. Dieser Schluß scheidet uns nicht berechtigt zu sein. Denn der Zuwachs gilt hauptsächlich für Paris und seine Vororte, wo die Belebung gerade als besonders anhaltend bezeichnet wird.

Die Erklärung für die Zunahme der Zahl der Einschreibungen muß anderswo gesucht werden: Seit dem 24. Juni ist durch Regierungsverordnung bestimmt worden, daß alle Arbeitslosen in Zukunft für die gesamte Dauer ihrer Erwerbslosigkeit zu gleichbleibenden Sätzen durch die Arbeitsämter unterstützt werden können. In den Städten und Provinzen, die diese Neuordnung eingeführt haben — und auf Paris trifft dies zu —, ist also

kein Arbeitsloser mehr auf die Wohlfahrt angewiesen, wenn er mindestens sechs Monate Arbeit an dem betreffenden Orte nachweisen kann.

Damit fällt sowohl die Bedürftigkeitsprüfung fort als auch die besondere Scheu, sich an die Wohlfahrt zu wenden, was noch schlimmer ist, als zum Arbeitsamt zu gehen. Aus diesen Gründen ist die Zahl derer, die sich jetzt einschreiben lassen, größer geworden.

Jene Verordnung vom 24. Juni zeigt übrigens deutlich den Unterschied der Behandlung der Erwerbslosen in Frankreich einerseits, in England und Deutschland andererseits. Hier befreit man die Erwerbslosen von der Wohlfahrt und erhöht damit die Unterstützung für die, die mehr als sechs Monate arbeitslos sind; dort kürzt man Bezüge und schiebt so viele Erwerbslose wie möglich an die Wohlfahrt ab. Die Rückwirkungen solcher Unterschiede der Sozialpolitik auf die Kaufkraft der Massen und somit auf die Wirtschaft überhaupt können nicht ausbleiben.

Gerhard Kumleben (Paris).

Deutschland: Mehr Arbeitslose, weniger Unterstützte.

Am 15. Juli waren bei den deutschen Arbeitsämtern 5 492 000 Arbeitslose gemeldet, rund 16 000 mehr als Ende Juni.

Während die Zahl der Arbeitslosen also gestiegen ist — selbst nach der amtlichen Statistik —, ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen gesunken: Gegenüber Ende Juni hat sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um rund 66 000 auf 875 000 verringert; in der Krisenfürsorge hat sich die Zahl um rund 54 000 auf rund 1 490 000 verringert. Die Zahl der Wohlfahrtsarbeitslosen wird auf rund 2,2 Millionen geschätzt gegenüber 2 163 000 Ende Juni. Einem Rückgang um 120 000

Unterstützte in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge steht also trotz steigender Arbeitslosigkeit ein weit geringerer Zugang an Wohlfahrtserwerbslosen gegenüber. Die Zahl der nicht unterstützten Erwerbslosen hat also zugenommen.

Vor nicht allzu langer Zeit wurde je ein Drittel der unterstützten Erwerbslosen von Versicherung, Krisenfürsorge und Wohlfahrt unterstützt. Heute entfällt fast die Hälfte der Unterstützten auf die Wohlfahrt. Also außer dem offenen ein „kalter Abbau“ der Unterstützungen auf der ganzen Linie!

Der Leiter des Dinta sagt: Schöpferische Situation heute gegeben!

In unserem Leitartikel vom 19. Juli zur Frage des Arbeitsdienstes schrieben wir, die Regierung wolle Erfahrungen sammeln; sie werde ausprobieren, welche Handhabung des Arbeitsdienstes die geeignetste sei: strammer, militärischer Drill — oder feinere Methoden der „Führung“, wie sie vom Dinta-Institut ausgearbeitet worden sind.

Dieses Institut wird von der westdeutschen Schwerindustrie finanziert. Es steht unter der besonderen Obhut von Herrn Vögeler, dem Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke. Leiter des Dinta ist seit der Gründung der Ingenieur Arnhold. Dieser konnte so besonders reiche Erfahrungen darüber sammeln, auf welche Art Unternehmer „ihre Arbeiter“ von der Wiege bis zum Grabe am reibungslosesten „führen“ können. Seine Stimme wird von den Organisatoren des Arbeitsdienstes daher zweifellos gehört werden. In Anbetracht dessen geben wir heute im Anschluß an einen Bericht in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ vom 17. Juli einige Hauptgedanken aus einer Rede wieder, die Arnhold kürzlich in einer Sitzung des Zweckverbandes der Industrie- und Handelskammern Bochum, Dortmund, Essen und Münster gehalten hat. Er führte dort aus:

Die Forderung nach Einführung eines Arbeitsdienstes gründet sich auf Ueberlegungen aus den verschiedensten Ideenkreisen, die keineswegs allein aus der heutigen Notzeit entstanden sind.

Nach allen bisher gemachten Erfahrungen sei ein Jahr praktisches Arbeiten und Dienens für jeden jungen Deutschen nicht nur wertvoll, sondern notwendig.

Weiterhin sei aber in der letzten Zeit das Problem „Arbeitsdienst“ auch staatspolitische Notwendigkeit geworden.

Der Arbeitsdienst müsse jedoch so lange unvollkommenes und namentlich für diese großen staatspolitischen Zwecke

unzulängliches Teilwerk bleiben, solange er nur freiwillig sei

und der Gemeinschaft bildenden sittlichen Idee der Pflicht ermangele. Also Arbeitsdienstpflicht!

Es sei daher dringend notwendig, daß die Wirtschaft sich mit diesem Problem und mit der Art und Weise seiner Durchführung ernsthaft befasse. Daher müsse die Einführung der Arbeitsdienstpflicht aus einer alle Teile des Volkes zwingenden Situation heraus erwachsen. Diese schöpferische Situation sei heute gegeben — in Wochen vielleicht nicht mehr.

Die zu schaffende Organisation müsse außerhalb der parteipolitischen und bürokratischen Atmosphäre liegen.

Für den Arbeitsdienst müsse ferner eine besondere Lebensform entwickelt werden, die Gemeinschaft der jungen Menschen solle

soldatisch,

im Gegensatz zu militärisch (?) gestaltet werden, da diese Form der jugendlichen Seele entspricht. Demgemäß müßten die Führer Fachleute, Pädagogen und tüchtige Kerle in einer Person sein. Bei der Schulung allein dürfte es jedoch nicht verbleiben, es müsse aus arbeitspädagogischen Gründen auch — etwa im letzten Drittel des Arbeitsdienstjahres — Ernstarbeit geleistet werden.

Der Sachverständige der Schwerindustrie in Saablen „Arbeiterführung“ hält die schöpferische Situation für gegeben bei Schaffung der Arbeitsdienstpflicht. Sie soll soldatisch, nicht militärisch gestaltet werden. Hier setzt die feine psychologische Methode des Dinta-Instituts bereits ein: Weiten Kreisen der Arbeiterschaft ist der Militarismus verhaßt; mit Worten geben die Herren nach und präsentieren an Stelle des bei Seite gelegten Militarismus den Soldatismus!

Sie werden nicht nur durch Worte, sondern sicher auch durch Taten Arbeiter zu fangen versuchen. Je weniger im übrigen gegen die Arbeitslosigkeit geschieht, umso mehr Erfolg werden sie bei ihrem Treiben haben, umso besser wird es ihnen gelingen, die „Führung“ junger Arbeiter an sich zu reißen.

Die allgemeine Arbeitsdienstpflicht ist geradezu das ideale politische Mittel, um das durchzuführen, was Arnhold mit dem Schlagwort „Menschenbewirtschaftung“ bezeichnet hat. Er schrieb 1927: „Und nun sind wir in letzter Stunde daran gegangen, diesen wichtigsten Faktor, der die Hemmungen (in der Produktion) hervorgebracht hat: den Menschen, zu bewirtschaften, in ihm Triebkräfte mobil zu machen, die sich ebenfalls wirtschaftlich auswirken sollen.“

Die Schwerindustrie sieht offenbar eine vor Jahren noch kaum geahnte Möglichkeit vor sich, sich auf Staatskosten eine willige Arbeiterarmee erziehen zu lassen.

Sie wird von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, wenn die Arbeiterschaft es nicht durchsetzt, daß die Arbeitslosigkeit auf anderem Wege als durch Arbeitsdienst überwunden wird. Rpt.

DEUTSCHLAND

Schultheiss-Skandal: Die Generalversammlung der Schultheiss-Patenhofer-Brauerei A.-G. stimmte am 21. Juli einem von Direktion und Großbanken ausgekoppeltem Sanierungsvorschlag zu. Die Banken hatten zur Bedingung gemacht, daß die Gesellschaft Schadenersatzansprüche gegenüber ihren Bankdirektoren, die im Aufsichtsrat der Gesellschaft schlecht Aufsicht geführt hatten, nicht erhebt. Die Generalversammlung beschloß entsprechend gegen eine verschwindende Minderheit. Im neuen Aufsichtsrat sitzen abermals die Bankdirektoren Reinhard, von Staus und Goldschmidt. — Reinigung?

Tonfilm-Konjunktur: Die Besuchsziffer der deutschen Ufa-Theater in dem am 31. Mai zu Ende gegangenen Geschäftsjahr ist gegenüber dem vorigen um 1,5 Millionen gestiegen. Infolge Herabsetzung der Eintrittspreise waren die Einnahmen allerdings um etwa 10 Prozent niedriger; um wieviel die Ausgaben niedriger waren, verschwieg der Generaldirektor vorläufig. — Der Tonfilm erhöhte den Auslandsabsatz der Ufa: Ihre Eingänge aus dem Ausland vermehrten sich gegenüber dem Vorjahr trotz der Devisenschwierigkeiten um 45 Prozent.

USA

Der Sturz der Roheisengewinnung: Im jeweils ersten Halbjahr wurde in den USA Roheisen produziert:

1929	22,0 Millionen Tonnen
1930	19,3 „
1931	11,1 „
1932	5,2 „

Also: von 1929 bis 1931 hat sich die Produktion ungefähr halbiert; im folgenden Jahr hat sie sich abermals halbiert!

Krisenbekämpfung: Hoover unterzeichnete die vom Kongreß angenommene Gesetzesvorlage, durch die das Kapital der Reconstruction Finance Corporation (Wiederaufbaugesellschaft) von 2 auf 3,8 Milliarden Dollar erhöht wird. Aus der Kapitalerhöhung sollen 1,5 Milliarden Dollar für neue Kredite an Industriebanken, Staaten und Gemeinden, 300 Millionen Dollar für Anleihen an Einzelstaaten zur unmittelbaren Erwerbslosen-Unterstützung gegeben werden. Ferner sollen an Farmer 322 Millionen Dollar Kredite gegeben werden. — Insgesamt soll also der Versuch gemacht werden, mit rund 2,1 Milliarden Dollar (fast 9 Milliarden Mark!) die Wirtschaft anzukurbeln.